

EINSCHREIBEN
Aktiengesellschaft Sicherheitsdirektion
Rekursabteilung
Neumühlequai 10
8090 Zürich

Alex W. Brunner
Architekt HTL
Bahnhofstrasse 210
CH-8620 Wetzikon
Telefon 044 930 62 33

Datum: 21. April 2023
Post Code: 98.00.862001.02403725

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz
Rekurs gegen Verfügung des Strassenverkehrsamtes vom 13. März 2023

Grüezi

Hiermit erhebe ich Rekurs gegen die Verfügung des Strassenverkehrsamtes vom 13. März 2023 mit dem Antrag, sie sei vollständig aufzuheben.

Beilage:

- 1 2. Mahnung / Verfügung bzw. Gebührenverfügung des Strassenverkehrsamtes vom 13. März 2023

A. Grundlagen

Wenn wir den Zwist, der in unserer Gesellschaft immer grössere Ausmasse annimmt und sie immer mehr spaltet, verstehen und beenden wollen, müssen wir uns zuerst mit dem Grundlegenden befassen. Dabei kommen wir nicht umhin, zu lernen, wie der Verlauf der tatsächlichen Geschichte erfolgte, den wir in der Schule nicht lernen (dürfen). Erst dann begreifen wir, wie es zur heutigen Eskalation kommen konnte.

1. Die tatsächliche Geschichte

Man muss darauf verzichten, die Ereignisse für sich und voneinander getrennt zu betrachten. Nur ihre Gesamtheit kann uns den Gang der Geschichte einleuchtend erklären. Je mehr Überblick wir gewinnen, desto eher vermögen wir ihre Triebkräfte zu verstehen.

Lew Nikolajewitsch Graf Tolstoy (1828-1910), russischer Schriftsteller

Wollen wir einen Zwist klären und beenden, müssen wir zuerst die Ursache und deren Entwicklung recherchieren. In einem Streit zwischen zwei einzelnen Kontrahenten ist das relativ einfach, sozusagen nur eine Momentaufnahme, verglichen mit einem Zwist, der die ganze Menschheit betrifft und nicht nur seit einigen Generationen besteht, sondern sehr viel weiter zurückreicht. Will man zur Klärung die Geschichte mit einbeziehen, ist dies schwierig, weil wir in der Schule nur Ideologien lernen und die tatsächliche Geschichte nicht einmal ansatzweise kennen.

Um den Zwist zu klären, der sich aus den permanenten gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Veränderungen ergibt (man kann auch sagen, der permanenten Revolution¹, um die Begriffe von Trotzki zu verwenden), müssen wir zuerst die Geschichte in ihrer gesamten Breite und Tiefe über die letzten Jahrtausende zusammenhängend verstehen und die Ursachen dieser Veränderungen identifizieren. Diese Untersuchung können wir nur objektiv - also ideologiefrei - durchführen, wenn wir wissen, wie die Natur tatsächlich funktioniert. Doch wie die Natur tatsächlich funktioniert, ist in unserer Gesellschaft, die sich rühmt, dass die Menschheit vorher noch nie einen so hohen Forschungsstand erreicht habe, praktisch ein Tabu. An dieses Wissen kommt man im üblichen gesellschaftlichen Kontext höchst selten und nur zufällig. Aber es ist von entscheidender Bedeutung, dieses Wissen zu kennen, ansonsten ist es nicht möglich, die zentralen Wirkkräfte nicht nur aufzudecken, sondern auch zu verstehen.

In diesem Sinne zeigt der Aufsatz „Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen), Kurzfassung“² die Ursachen des heutigen Desasters auf und ist ein integrierender Bestandteil dieser Beschwerde. Ohne die Kenntnis dieser Zusammenhänge, die nur eine kurze Zusammenfassung bilden, ist es unmöglich, den nachfolgenden Überlegungen zu folgen und die Ursachen des generellen Zwists zu erkennen.

2. Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz³

Üblicherweise nimmt sich in unserer hektischen Geschäftswelt niemand die Mühe, die Geschichte der letzten Jahrtausende selbständig zu recherchieren. Dazu bedarf es eines ausserordentlichen Anlasses. Dieser ausserordentliche Anlass war eine institutionelle Behördenkriminalität, die im Kanton St. Gallen begann und im Rahmen tiefgehender Recherchen aufgedeckt wurde.

Dabei wurde u.a. festgestellt, dass in den 1950er Jahren die Oberaufsicht der Parlamente über die Staatsverwaltung, insbesondere über die Justiz, aufgehoben wurde. Die Folge war, dass die Gerichte ‚ungestört‘ völlig willkürlich urteilen konnten.

Dies kann mit offiziellen Protokollen der Justizkommissionen und Amtsberichten der Gerichte belegt werden. Insbesondere kann dem Bundesgericht aufgrund seiner eigenen Amtsberichte statistisch einwandfrei nachgewiesen werden, dass es nach der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht durch National- und Ständerat begann, rein willkürlich zu urteilen. Aufgrund seiner eigenen Amtsberichte kann es zudem der Lüge überführt werden, die es benutzte, um seine Oberaufsicht in Sachen Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) abzulehnen, die es einmal nachweislich und aktiv selbst gefordert hatte.

Mit Recherchen über den Zeitraum eines ganzen Jahrhunderts kann zudem die Veränderung des informativen Gehalts der Amtsberichte festgestellt werden. Diese Veränderungen sind entscheidend bei der Frage nach der tatsächlichen Kontrolle durch die politische Führung. Der Gehalt dieser Amtsberichte ist seit den 1950er Jahren nicht nur völlig nichtssagend, sondern enthält auch noch nachweislich tatsächenswidrige Aussagen. Das Geschilderte betrifft nicht nur das Bundesgericht, sondern alle Gerichte in der Schweiz.

Aufgrund der breiten und tiefgreifenden Analyse kann festgestellt werden, dass die ersten Massnahmen zur Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht im Bund bereits in den 1910er Jahren begonnen haben. Die Kontrollen bei den Betreibungs- und Konkursämtern wurden ab dem Jahre 1916 nur noch teilweise vor Ort durchgeführt und ab 1934 gar nicht mehr. 1905 war diese Kontrolle beim National- und Ständerat noch vom Bundesgericht beantragt worden. Doch die Plenarprotokolle der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) blieben ab der Gründung bis in die 1920er Jahre unter Verschluss. Auffällig ist nun, dass es genau am Übergang von Verschluss und Publikation in der statistischen Auswertung gutgeheissener Beschwerden im SchKG-Bereich den ersten, wenn auch kleinen, registrierbaren Knick nach unten gab. Man kann davon ausgehen, dass die vermehrte Beschwerde-Ablehnung

¹ Trotzki Leo, *Die permanente Revolution*, 1929.
<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/permrev/index.htm>

² www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) → Kurzfassung

³ www.brunner-architekt.ch → Politik → Schriftenwechsel → Bund → Eingabe 5 vom 13. Dezember 2005

nicht auf generelle, sprunghaft rechtskonformere Handlungsweisen der Betreibungsämter zurückzuführen ist, sondern auf eine stärkere Verfilzung der Interessen, die mit der Aufhebung der Kontrollen beflügelt wurde.

Die Analyse der Amtsberichte dreier Kantone⁴ bestätigt das im Jahre 2005 erhaltene Bild ebenfalls, es wird jedoch von allen Politikern und Gerichten ausnahmslos ignoriert.

Im *Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»*⁵, Kapitel 4 bis 7 (mit den dazugehörigen Grafiken) sind weitere entsprechende Informationen zu finden. Ohne wirksame Kontrolle ist die «Gewaltenteilung zur Abwehr von Willkür und unbegrenzter Machtfülle» nur Schall und Rauch.

3. Wie Herrschaft ausgeübt wird

Um die vorher genannten, stillen politischen Veränderungen in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen, muss man die Mechanismen der Herrschaft kennen. Als erstes geht es darum, anhand der Führungstätigkeiten die Voraussetzungen für den politischen Gesetzgebungsprozess zu analysieren. Diese Führungstätigkeiten lernt beispielsweise jeder Offizier in der Schweizer Armee. Es sind Grundsätze der Führung, die überall anwendbar sind, auch in Wirtschaft und Politik.

Aus den Gesetzmässigkeiten der Führung gehen die unabdingbaren Voraussetzungen für das Ausüben von Herrschaft hervor, deren Hauptelemente die Anordnung, die Kontrolle und die Sanktionen sind. Fehlt nur eine dieser Hauptführungstätigkeiten, so gibt es keine tatsächliche Herrschaft. Da das Parlament als Vertreter des Volkes die Tätigkeit der Kontrolle über die Staatsverwaltung willentlich aufgegeben hat, hat es damit nicht nur die eigene Herrschaft, sondern auch die Herrschaft des Volkes aufgegeben = verraten. Das griechische Wort ‚Demokratie‘ wird allgemein mit ‚Volksherrschaft‘ übersetzt. Ist diese nicht mehr gegeben, so gibt es entsprechend auch keine Demokratie mehr. Trotzdem wird überall behauptet, dass wir in einer Demokratie leben. Die falsche Vorstellung, die mit diesem Wort verbunden wird, beruht auf Täuschung mittels einer typisch babylonischen⁶ Sprachverwirrung und Definitionsänderung, wie sie seit Jahrtausenden praktiziert wird.

Betrachtet man die Führungstätigkeiten gesamthaft, so stellt man fest, dass das Parlament als oberste Instanz der drei sozialen Mächte (Legislative, Exekutive und Judikative) seine Führung gar nicht wahrnimmt. Das Parlament lässt sich vielmehr vorschreiben, was es zu tun hat.

Als angeblicher Vertreter des Volkes hat sich das Parlament mit dem oben erläuterten Herrschafts- und Führungsverzicht als dessen Verräter zu erkennen gegeben. Weil bei diesem Vorgehen auch die Regierungen und die Gerichte mitmachten, wurde offenbar, dass auch diese beiden sozialen Mächte Verräter und damit Feinde des Volkes sind. Ob die einzelnen Mitglieder aus Vorsatz oder aus Unkenntnis/Unfähigkeit handelten/handeln, sei dahingestellt. Jedenfalls bestand und besteht der politische Wille, diese Praxis bis auf den heutigen Tag so umzusetzen.

Damit stellt sich die Frage, wer denn der eigentliche Herrscher ist, d.h. zu wessen Vorteil der Herrschaftsverzicht der „Volksvertreter“ erfolgte.

Diese Frage können wir nur beantworten, wenn wir die weiteren Mechanismen der Herrschaft verstehen.

Einer davon sind die sechs Mittel der Steuerung.

Das stärkste Steuerungsmittel (1) ist das unsichtbarste. Es wirkt am langsamsten und berührt die tiefgründigsten Bereiche des Lebens – es ist nur schwer fassbar und deshalb äusserst mächtig. Es ist die Philosophie, recte philosophía. Und wenn man die philosophía regelmässig praktiziert, wird man nebenbei noch gesünder und intelligenter. Die Philosophie ist in der Lage, fundamentale Irrtümer aufzulösen, indem es die natürliche Wahrheit sichtbar macht, Ängste beseitigt, die sonst die Menschen blockieren, sodass die Menschen nun allen Unbill zum Trotz unerschütterlich wie ein Fels in der Brandung

⁴ www.brunner-architekt.ch → Politik → Recht → Analysen d. Amtsberichte

⁵ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»

⁶ Im Folgenden wird der Begriff ‚Babylon‘ und ‚babylonisch‘ als Synonym für Fremdherrschaft über die Menschen eingesetzt. Siehe auch Fussnote 2.

stehen. Es ist die Philosophie, recte philosophía. Und wenn man die philosophía regelmässig praktiziert, wird man nebenbei noch gesünder. Das können die babylonisch-materialistisch Indoktrinierten (Politiker, Richter, Wissenschaftler, Finanziere, kurz alle Berufsschichten mit Schulbildung) nicht verstehen.

Das zweitstärkste, auch auf sehr lange Sicht wirksame Mittel der Steuerung ist die Geschichtsfälschung. (2). Aus genau diesem Grund dürfen wir die wahre Geschichte in der Schule nicht lernen.

Das drittstärkste Mittel sind die Ideologien (3). Nur weil viele das stärkste Steuerungsmittel nicht erkennen und daher die natürliche Wahrheit - die Weisheit - nicht mehr erfahren, ist es überhaupt möglich geworden, die Menschen mit Ideologien abzuspeisen. Damit kann man sie beliebig mit naturwidrigen und unethischen Vorgaben und Zwängen manipulieren. In der Physik ist das ein heiss diskutiertes Thema, weil eine alle Disziplinen umfassende Lehre fehlt. In der Natur funktioniert alles naht- und übergangslos; in der Theorie der Physik jedoch nicht. Dieses Beispiel ist nur stellvertretend für alle anderen «Wissenschafts»-Bereiche. Ausserdem ist auch das Narrativ in den Ideologien versteckt, so dass die Theorie ständig geändert werden kann, je nachdem, wie man die Massen führen will.

Das viertstärkste, schon kurzfristig wirkende Mittel ist die Ökonomie (4). Untergräbt man die materielle Sicherheit und das ökonomische Wohlergehen, kann leicht Zwang (z.B. zur Verhaltensänderung gegen die eigenen Interessen) ausgeübt werden. Um dieses Mittel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial zu verstehen, muss man zuerst mindestens im Ansatz die drei gesellschaftszersetzenden Hauptproblematiken des Geldes (Zins, Geld als Schuld und die Geldschöpfung) begreifen. Unser heutiges Geldsystem führt automatisch dazu, dass das Vermögen von den Armen zu den Reichen verschoben wird, wobei die Armen immer ärmer und zahlreicher und die Reichen immer weniger und reicher werden.

Das relativ leicht erkennbare zweitschnellste Mittel zur Steuerung der Menschen ist die Gesundheit (5). Die medizinische Schulwissenschaft weiss infolge der tiefverwurzelten ideologischen Indoktrination gar nicht, wie der menschliche Körper funktioniert, denn diese Ausbildung vermittelt nur ein mechanistisches, ideologisch verzerrtes Bild des Menschen. Praktisch alle schulmedizinischen Massnahmen sind darauf ausgerichtet, den Menschen zu schaden. Wenn man noch etwas mit der Natur verbunden ist und nicht an das behördliche Narrativ glaubt, das mit Lügen bzw. Ideologien operiert, welche von den Medien munter verbreitet werden, konnte dies z.B. im Rahmen der Corona-Pandemie leicht erkannt werden. Die Entfremdung vom Körper und dessen Geringschätzung, das Verleiten zu Suchtverhalten und falsche Konzepte über das Menschsein lenken davon ab, dass Materie letztlich nur aus Geist besteht, und dieser Geist das Erkennen und ein sinnerfülltes, gesundes Leben ausmacht.

Das offen erkennbare, schnellste, das sechste Mittel der Fremdsteuerung und Erreichung von Fremdherrschaft ist die physische Gewalt (6). Sie wird durch staatliche Agenten, Polizei, Terrorgruppen, Armeen, Revolutionen und weitere exzessive Gewaltanwendung ausgeübt und mit falscher Berichterstattung, Falschbegründungen, ideologisch gesteuerter Opposition etc. umgesetzt.

Mittel	Reihenfolge	Stärke	Schnelligkeit
Philosophia (philosophía)	1.		
Geschichte	2.		
Ideologie	3.		
Ökonomie	4.		
Gesundheit	5.		
Physische Gewalt	6.		
Übersicht der Mittel und ihrer Wirkung			

Im Nationalstaat kennen wir die Legislative als oberste Macht, danach folgen die Exekutive und nachher die Judikative. Nun muss man sich fragen, wer im Nationalstaat die verschiedenen Ideologien fabriziert. Bei genauerer Betrachtung sind es weder die Legislative, noch die Exekutive und schon gar nicht die Judikative. Demzufolge muss es eine übergeordnete Macht geben: Es ist die ideologische Macht. Schlussendlich muss jemand anordnen, wann wo welche Ideologie mit welcher Intensität und welchem Ziel umzusetzen ist. Der eigentliche Herrscher ist nämlich jener, der dies anordnen kann. Dieser ist die fünfte und oberste soziale Macht.

Dieser im Hintergrund agierende, an Versklavung interessierte Steuerungskomplex des Herrschers gibt den Regierungen Ideologien vor, die diese willfährig in Gesetze verpacken und die von den Parlamen-

ten theatralisch abgenickt werden. Die Gerichte haben nur den Auftrag, die Ideologien als Steuerungsmittel zu schützen, vgl. Aufsatz ‚Herrschaft‘.⁷

4. Ideologie Mensch/Person

Ziel dieses tatsächlichen Herrschers war und ist es, die gesamte Menschheit in blinder und absoluter Unterwerfung an eine Hierarchie zu binden, die sie vollständig von Fremdsteuerung abhängig macht.

Um dieses Ziel zu erreichen, bediente sich dieser Steuerungskomplex eines gut versteckten Verwirrspiels mit «obrigkeitlichen Massnahmen», die den Menschen vorschreiben, was sie zu tun und lassen haben, damit sie die in Gesetze gegossenen, gegen sie gerichteten Ideologien umsetzen.

Zu diesem Zweck werden die Menschen seit Jahrhunderten zu ‚Personen‘ gemacht. Es handelt sich bei der Begrifflichkeit ‚Person‘ um einen Betrug, der mit der Geburtsanzeige seinen Lauf nimmt, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtsschein erstellt. Dieser Vorgang fabriziert aus dem geborenen Menschen einen Strohmann: die ‚Person‘. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne jede gesetzliche Rechtsgrundlage. Die Menschen macht man nun glauben, sie seien mit diesem Konstrukt ‚Person‘ / dem Strohmann identisch. Die semantische Umdeutung von Wortbegriffen trägt das Übrige dazu bei (z.B. ‚ich persönlich‘ / ‚meine Persönlichkeit‘, etc.). Vgl. auch Grundlageninformationen SIPS⁸ und Teilaufsatz Ideologie Person⁹.

Tatsächlich ist der Mensch von Geburt an frei. Mit der Ideologie ‚Person‘ wird nun aber den Menschen erklärt, sie seien diese ‚Person‘. Es wird ihnen per Gesetz vorgeschrieben, was die ‚Personen‘ zu tun und lassen haben. Nach Gesetz können nur ‚Personen‘ bestraft werden, müssen nur ‚Personen‘ Steuern bezahlen und müssen nur ‚Personen‘ die Corona-Massnahmen umsetzen, nicht jedoch Menschen.

Nach Art. 36 Bundesverfassung (BV, SR 100) müssten Einschränkungen der Grundrechte der Menschen gesetzlich geregelt werden. Doch das war nie ernst gemeinte Absicht, sondern nur eine weitere Täuschung. Mit einer gesetzlichen Definition zur Einschränkung der elementarsten Grundrechte würden Diskussionen provoziert, welche die Herrschaft von Babylon über die Menschen in Frage stellen könnten. Aus diesem Grund wurde und wird diese Ideologie bewusst totgeschwiegen. Ja, die Bundesverfassung wendet beide Begriffe irreführend als Synonym (gleichbedeutend) an.

Selbst das Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) spricht sich im Personenrecht nicht explizit über die unterschiedliche Rechtsnatur aus. Art. 11 Rechtsfähigkeit, Abs. 2: *Für alle Menschen besteht demgemäss in den Schranken der Rechtsordnung die gleiche Fähigkeit, Rechte und Pflichten. Und Art. 16 Urteilsfähigkeit: Urteilsfähig im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, ...*

Eine ‚Person‘ kann gar nicht urteilsfähig sein, weil sie ein juristisches Konstrukt und nicht beseelt ist. In geschichtlicher Hinsicht wurde das Wort ‚Person‘ im 13. Jahrhundert aus dem lateinischen persona entlehnt, das für die Maske des Schauspielers, des Strohmannes, steht. Diese Definition bzw. Ideologie ‚Person‘ wurde gezielt eingeführt, um die Menschen «rechtlich» zuerst zu unfreien Menschen, ‚Personen‘ (Stroh Männern) und danach zu Sklaven = Sachen, d.h. zu einer Handelsware zu machen. Die irrije Verwendung des Begriffs ‚Person‘ als Synonym für den Menschen wurde mit dem Mittel der Sprachverwirrung über die Jahrhunderte immer stärker forciert. Dahinter steckt wiederum Herrschaftswissen. Siehe dazu den Aufsatz Herrschaft⁷.

Und wenn nun der Staat diesen fiktiven, ihm gehörenden, weil von ihm produzierten Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage als sein Eigentum «verwendet», Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft und damit ein weiterer Betrug. Man kann nicht an sein Eigentum Rechnung stellen. Dieses Mittels bedienen sich die Behörden und Ämter tagtäglich, womit einmal mehr deutlich wird, dass sie nicht für das Volk, sondern für Babylon arbeiten.

⁷ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Herrschaft

⁸ www.hot-sips.com → Links, weitere Unterlagen → Grundlageninfo

⁹ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologie Person

Die Menschenrechte

Betrachten wir die für die Schweiz erstmals gültige **Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** (EMRK, SR 0.101), welche am 28. November 1974 vom Bilderberger und Mitglied des Club of Rome, Bundesrat Kurt Furgler, einem Verbrecher, ratifiziert und in Kraft gesetzt wurde.

In der Präambel wird erwähnt, dass diese Erklärung Folgendes bezweckt;

- die universelle und wirksame Anerkennung und Einhaltung der in ihr aufgeführten Rechte zu gewährleisten;
- die Mitglieder des Europarates enger zu verbinden;
- die Wahrung und Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
- sie soll die Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bilden;
- sie soll durch eine demokratische politische Ordnung sowie durch ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Achtung gesichert werden.

Das sind hehre Worte. Doch wenn man allein schon die tatsächliche Bedeutung des Wortes Demokratie/demokratisch verstanden hat, erkennt man diese Erklärung als blosser Heuchelei, als ein weiteres Mittel, die Menschen für dumm zu verkaufen. All diese Forderungen bilden Täuschungs-Teilziele, damit Babylon das jahrtausendealte Endziel (die totale Versklavung der Menschen) erreichen kann.

Weiter heisst es in Art. 1 *Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte: Die Hohen Vertragsparteien sichern allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen die in Abschnitt I bestimmten Rechte und Freiheiten zu.* In der Menschenrechtskonvention (EMKR) ist also nicht von Menschen die Rede, sondern von ‚Personen‘. Der Titel Menschenrechtskonvention dient nur als Täuschung, denn es ist beabsichtigt, die Menschen als ‚Personen‘ unter der babylonischen Hoheitsgewalt zu halten, damit das babylonische Ziel erreicht werden kann.

Aus diesem Grund werden nur rund zwei Prozent der Beschwerden vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gutgeheissen und diese werden selbstverständlich nach ideologischen Kriterien entschieden. Selbst Beschwerden wegen Verletzung von Art. 6, *Recht auf ein faires Verfahren*, werden abgewiesen, auch wenn diese die Willkür und Parteilichkeit der Gerichte nachweislich beanstanden.¹⁰ Damit wird einmal mehr bestätigt, dass es die eigentliche Aufgabe der Gerichte ist, die entsprechenden Ideologien gegen die berechtigten Ansprüche der Menschen zu schützen.

Die Schweiz ist seit dem 10. September 2002 Mitglied der Vereinten Nationen. Deshalb gilt auch für unser Land deren **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** (AEMR) vom 10. Dezember 1948.¹¹

In der Präambel werden wiederum hehre Worte verwendet:

- Die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen bilde die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.
- Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte hätten zu Akten der Barbarei geführt.
- Es sei notwendig, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen werde, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen.

In der Präambel wird wohl von Menschenrechten geschwafelt, doch diese werden mit ... *die Würde und den Wert der menschlichen Person* ... bereits unterminiert.

So wird bereits aus der Präambel erkennbar, woher der Wind bläst. Das erstaunt nicht, denn die Vereinten Nationen sind durch und durch babylonisch.

Die Aussage, die Menschenrechte seien durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, bedeutet im Klartext, dass die Menschen als dem Joch von Babylon Unterworfenen zu halten sind. Der Rechtsstaat definiert, wie die herrschenden Eliten die Menschen als ‚Personen‘ beanspruchen wollen, nämlich als

¹⁰ www.brunner-architekt.ch → Politik → Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

¹¹ <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

ihr unwissend gehaltenes Eigentum, als Sache. Politik und Justiz sind dabei die willfährigen Lakaien und die Staatsverwaltung hat dies rücksichtslos durchzusetzen.

In Art. 1 heisst es: *Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.* Das ist der Aufhänger, mit dem die meisten Menschen zu einem Trugschluss über ihre wahren Rechte gebracht werden. Indem die AEMR die Menschen auch zu ‚Personen‘ macht, nimmt diese Erklärung ebenfalls eine typisch babylonische Verdrehung vor. Frei geboren ist korrekt, aber dann werden sie durch den Staat mittels Geburtsschein zu unfreien ‚Personen‘ gemacht.

Art. 3: *Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.* Ja, er hat das Recht einer Person, aber nicht eines Menschen.

Art. 6: *Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.* Dieser Artikel wird vielfach auch zitiert als: *Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.* In diesen Kommentaren¹² wird Folgendes behauptet: Damit soll verhindert werden, dass einzelne Menschen nur als Objekte behandelt werden, wie dies etwa die Römer mit den Sklaven hielten. Eine ‚Person‘ ist jedoch ein Status zwischen einem Menschen und einem Sklaven. Er ist daher weder ein Mensch noch ein Sklave. Aus wirtschaftlich-monetärer Sicht gesehen, sind die Menschen aber bereits seit langer Zeit Sklaven, die über diese Tatsache nicht Bescheid wissen.

Und in Art. 7 heisst es: *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und...* Ja, klar, die Menschen sind gleich, aber nicht die ‚Personen‘. Die grosse Masse der Menschen ist jedoch durch den Staat - durch Politik, Verwaltung und Justiz - auf den Status von ‚Personen‘ gedrückt worden. Nur die obersten Babylonier beanspruchen für sich ungehindert den Status eines Menschen.

5. BAR-Vermutungen

Die private Organisation British Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern.

Die heutige International Bar Association (IBA) wurde 1947 gegründet und ist massgeblich an der Erarbeitung internationaler Rechtsreformen sowie der Gestaltung der Zukunft des juristischen Berufsstandes weltweit beteiligt und verfolgt entsprechend eine babylonische Agenda.¹³ Der Schweizerische Anwaltsverband vertritt in der Schweiz die Interessen der IBA.¹⁴

In geschichtlicher Hinsicht ist die BAR ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1167-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans vermacht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan, der zum zentralen babylonischen Herrschaftssystem gehört.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf (und nicht drei!) Mächten. Die Nationalstaaten wurden von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Sie haben wegen der Umwandlung in Kapitalgesellschaften keine Bedeutung mehr. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern.

Die BAR-Organisation hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den zwölf BAR-Vermutungen bekannt sind. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert und auch an den babylonischen Universitäten nicht gelehrt werden.

Diese Vermutungen beinhalten insbesondere:

«Wenn Rechtsvermutungen der privaten BAR-Gilde (British Accreditation Registry) präsentiert und nicht zurückgewiesen werden, werden diese zu Tatsachen und gelten damit als Wahrheit. (Oder als „Wahrheit im Kommerz“). Es gibt zwölf (12) Schlüsselvermutungen, die von den privaten BAR-Gilden beteuert wer-

¹² <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/>

¹³ www.ibanet.org

¹⁴ <https://www.sav-fsa.ch/interessenvertretung>

den und die durch Nichtwiderlegung wahr werden, diese sind: Öffentliche Aufzeichnung [Public Record], Öffentliche Dienstleistung [Public Service], Öffentlicher Eid [Public Oath], Immunität [Immunity], gerichtliche Vorladung [Summons], Bewachung [Custody], Gericht der Aufseher [Court of Guardians], Gericht der Treuhänder [Court of Trustees], Regierung als Exekutor/Begünstigte [Government as Executor/Beneficiary], Executor De Son Tort, Unfähigkeit [Incompetence] und Schuld [Guilt].»

Auszugsweise werden hier vier dieser (den allermeisten Rechtssuchenden unbekannt) «Vermutungen» zitiert. Diese sollen den nach Treu und Glauben handelnden Menschen bei fehlendem Widerspruch zu dessen völliger Entrechtung vor Gericht führen.¹⁵

2. Die Vermutung der Öffentlichen Dienstleistung bedeutet, dass alle Mitglieder der Privaten BAR-Gilde, die allesamt einen feierlichen, geheimen und absoluten Eid auf ihre Gilde geschworen haben, als öffentliche Agenten der Regierung oder als „public officials“ handeln, indem sie zusätzliche Eide auf das Öffentliche Office schwören, was ganz ungeniert und vorsätzlich ihren privaten „höherrangigen“ Eiden ihrer eigenen Gilde gegenüber widerspricht. **Bevor man nicht mittels Anfechtung und Zurückweisung offen widerspricht, besteht der Anspruch, dass diese Mitglieder der Privaten Bar-Gilde legitimierte öffentliche Bedienstete sind und deshalb als Treuhänder unter öffentlichem Eid stehen;**

5. Die Vermutung der gerichtlichen Vorladung bedeutet, dass eine Vorladung gewohnheitsmässig unwiderlegt bleibt und dass von demjenigen, der vor Gericht erscheint, vermutet wird, dass er seiner Eigenschaft [position] als Beklagter, Schöffe oder Zeuge sowie der Jurisdiktion des Gerichts zugestimmt hat. Das Erscheinen vor Gericht erfolgt gewöhnlich auf eine gerichtliche Vorladung hin. Ohne Zurückweisung und Rückgabe der gerichtlichen Vorladung mittels einer Kopie der Zurückweisung, die im vorhinein und vor dem Erscheinen protokolliert wurde, gilt die Jurisdiktion und die Position als Angeklagter und die Existenz der „Schuld“ steht fest;

7. Die Vermutung des Gerichts der Aufseher bedeutet, dass Du als ein „Ansässiger“ [resident] eines Bezirks einer Kommunalregierung registriert bist und in Deinem „Reisepass“ der Buchstabe „P“ steht, mit dem Du ein Armer [Pauper] und deshalb unter der Aufsicht der Regierungskräfte als einem „Gericht der Aufseher“ [Court of Guardians] und ihrer Agenten stehst. Wenn diese Vermutung nicht offen zurückgewiesen wird, indem man zeigt, dass man generell ein Aufseher und Exekutor der Angelegenheit (Trust) vor dem Gericht ist, verbleibt die Vermutung und Du bist ein Pauper aufgrund Verzichts [by default]; ebenso bist du schwachsinzig und musst deshalb den Vorschriften des Amtsvorstehers der Aufseher [clerk of guardians] (Justiziar des Amtsgerichts) gehorchen;

11. Die Vermutung der Inkompetenz ist die Vermutung, dass Du zumindest unkundig in Rechtsdingen bist und deshalb inkompetent, Dich zu präsentieren und sachgemäß zu argumentieren. Deshalb hat der Richter/ Friedensrichter das Recht, Dich festzusetzen, zu inhaftieren, Dich mit einem Bußgeld zu belegen oder Dich in eine psychiatrische Untersuchung zu zwingen. Bevor diese Vermutung nicht offen bestritten wird mit der Tatsache, dass Du Dein Standing als Exekutor und Begünstigter kennst und aktiv jegliche gegenteilige Vermutung bestreitest und zurückweist, dann steht hinsichtlich des Plädoyers fest, dass Du inkompetent bist und der Richter oder Friedensrichter alles machen dürfen, um Dich gefügig zu halten»;

Somit werden die Rechtssuchenden auch von den Justizbehörden und Anwälten elementar betrogen, weil die Gerichte auf diese Weise wiederum den eigentlichen, versteckten Herrschern die Macht sichern.

Alle diese BAR-Vermutungen werden hiermit abgemahnt.

6. Behörden und Ämter als Firmen

Zur grundlegenden Thematik *Behörden und Ämter als Firmen* wird auf die integrierenden Texte *Grundlageninfo SIPS8, Ideologie Behörden als Firmen*¹⁶ sowie auf die *Privatisierung der Behörden*¹⁷ verwiesen.

¹⁵ www.menschvsperson.ch → Staatsgewalt → Das Römische Recht und die 12 BAR-Vermutungen
www.menschvsperson.ch/post/das-r%C3%B6mische-gericht-und-die-12-bar-vermutungen

¹⁶ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologie Behörden als Firmen

Übersicht

Die legale Privatisierung von SBB und PTT erfolgte mit einem entsprechenden Gesetz, das dem fakultativen Referendum unterlag, welches nicht ergriffen wurde. Die Diskussion war jedenfalls öffentlich. Die Umwandlung von Bund, Kanton und Gemeinden mit ihrer jeweiligen Verwaltung erfolgte seither jedoch nie durch Beschluss von Parlamenten und Volk, weshalb alle diese einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen nun illegale Kapitalgesellschaften sind, die nicht nur hoheitlich, sondern auch handelsrechtlich keine Legitimation haben.

Bezüglich der Eintragungspflicht ins Handelsregister heisst es in Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) seit der ersten Ausgabe im Jahre 1911: *Keiner Eintragung bedürfen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sowie die Vereine, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen.*

Welche Organisationen das Handelsregister aufzunehmen hat, regelte schon die Handelsregisterverordnung (HRegV; SR 221.411) vom 7. Juni 1937 mit Stand vom 15. November 1989, in Kraft seit dem 1. Januar 1990¹⁸. In Artikel 10 Inhalt des Registers, Bst. k sind erstmals die «selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts» erwähnt, und in der Fassung des Fusionsgesetzes vom 1. Juni 2004 heisst es **neu nur noch «Institute des öffentlichen Rechts»** (Art. 2 Bst. d FusG).

In Art. 53 der Handelsregisterverordnung, *Die Arten der eintragungspflichtigen Gewerbe*, heisst es unter Buchstabe C: *Zu den andern, nach kaufmännischer Art geführten Gewerben gehören diejenigen, die nicht Handels- oder Fabrikationsgewerbe sind, jedoch nach Art und Umfang des Unternehmens einen kaufmännischen Betrieb und eine geordnete Buchführung erfordern.* Darunter fallen selbstverständlich auch alle öffentlich-rechtlichen Institutionen, zumal sie ja auch eine geordnete Buchhaltung zu führen haben, welche formell von den jeweiligen parlamentarischen Kommissionen 'kontrolliert' werden sollten.

In Art. 69 mit dem *Titel Gewerbebetrieb als Voraussetzung* der Eintragung heisst es: *Es können nur Zweigniederlassungen von Gewerben in das Handelsregister eingetragen werden.* Wenn nun eine Zweigniederlassung als Gewerbe eingetragen ist, so folgt daraus, dass auch die Muttergesellschaft ein Gewerbe ausübt und daher eintragungspflichtig ist.

In der neu revidierten Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007, in Kraft seit dem 1. Januar 2008, heisst es seither in Art. 107, Inhalt des Eintrags: *Bei Instituten des öffentlichen Rechts müssen ins Handelsregister eingetragen werden:* Dann folgen alle Elemente, die anzugeben sind. Das heisst, die Institute des öffentlichen Rechts sind handelsregisterpflichtig.

Das Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG; SR 221.301) wurde am 3. Oktober 2003 vom Parlament verabschiedet. Darin heisst es in Art. 1:

1 Dieses Gesetz regelt die Anpassung der rechtlichen Strukturen von Kapitalgesellschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen und Einzelunternehmen im Zusammenhang mit Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung.

2 Es gewährleistet dabei die Rechtssicherheit und Transparenz und schützt Gläubigerinnen und Gläubiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen mit Minderheitsbeteiligungen.

3 Ferner legt es die privatrechtlichen Voraussetzungen fest, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, sich in privatrechtliche Rechtsträger umwandeln oder sich an Vermögensübertragungen beteiligen können.

Und in Art. 2 Bst. d Begriffe des Fusionsgesetzes heisst es:

Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;

Das Fusionsgesetz ist neueren Datums als Art. 52 Abs. 2 ZGB. Im Fusionsgesetz, das mehrfach revidiert wurde, wurde die Pflicht der Eintragung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in den verschiede-

¹⁷ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Privatisierung der Behörden

¹⁸ Fassung vom 01.02.2004, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/53/577_573_593/de

nen Revisionen immer wieder bestätigt und die Handelsregisterverordnung kannte diese Pflicht schon vorher. Aus diesem Vorgehen kann die politische Absicht erkannt werden, weshalb heute Art. 52 Abs. 2 ZGB obsolet ist und nur noch zur Täuschung des Volkes dient, damit der Prozess der Staatsprivatisierung ohne Wissen und gegen den Willen des Volkes durchgesetzt werden kann. Mit Verweis auf Art. 52 Abs. 2 ZGB verweigern die Handelsregisterämter die Auszüge zu diesen Firmen. Damit wird manifest, dass die drei Mächte im Nationalstaat (Legislative, Exekutive und Judikative) nachweislich miteinander agieren, um das Volk über diese Vorgänge im Dunkeln zu lassen. Vgl. Aufsatz ‚Herrschaft‘⁷

Mit der Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in private Kapitalgesellschaften, und damit verbunden mit einem verdeckten Handelsregistereintrag, verfolgen all diese neuen Firmen nur noch wirtschaftliche Zwecke. Es ist, wie im Fusionsgesetz definiert, beabsichtigt, die Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern zu fusionieren. Diese Absicht wurde jedoch noch nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Politik hüllt sich deshalb vorsätzlich, zusammen mit den Medien, in Schweigen, um den Betrug am Volk zu vollziehen. Dabei schützen die Staatsverwaltung und insbesondere die Gerichte die dabei eingesetzten Ideologien.

Die Umwandlung der ehemals öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften erfolgte ohne die Zustimmung des Volkes und ist daher illegal. Die verbindlichen rechtlichen Voraussetzungen für die Staatsprivatisierung wurden missachtet: Der Volksentscheid und die Publikation. Im verheimlichten Umwandlungsprozess wurde diesen Gesellschaften vom Volk keine Legitimation übertragen, hoheitliche Funktionen auszuüben. Deshalb sind all ihre behaupteten Amtshandlungen Amtsanmassungen gemäss Art. 287 Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0).

Aus handelsrechtlicher Sicht ist zwar davon auszugehen, dass alle Daten im Handelsregister verdeckt erfasst wurden. Doch es bleibt ein grundlegender Mangel bestehen: Diese neuen Firmen wurden nie im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) publiziert, weshalb es diese Firmen formell gar nicht gibt. Deshalb sind sie aus handelsrechtlicher Sicht nicht befugt, Handel zu betreiben. Auch deren Handlungsberechtigten wurden nie im Handelsamtsblatt publiziert. Das bedeutet, dass nicht nur diese Handlungsberechtigten, sondern auch alle Angestellten dieser illegal gegründeten Firmen, die sich nach wie vor täuschend ‚öffentlich-rechtliche Institutionen‘ nennen, für alles Tun und Lassen privat und deshalb mit ihrem eigenen Vermögen haften.

Die Missachtung der Rechtsgrundlagen für die Umwandlung in Firmen führte dazu, dass sich diese Firmen als angebliche Behörden bzw. deren Angestellte nicht mehr auf das öffentliche Recht berufen können und über gar keine hoheitliche Legitimation verfügen. Deshalb stehen ihre Funktionäre auf der gleichen rechtlichen Stufe wie alle anderen Menschen. Es gilt nur noch das Handelsrecht, die Berechtigung zur Gewährleistung und Umsetzung des öffentlichen Rechts haben sich die Umwandler selbst genommen.

Weiteres siehe in Grundlageninfo SIPS8, in Ideologie Person9 und in Privatisierung der Behörden¹⁷.

Die Veränderung der Gesetzgebung ...

Der immer stärker werdende Privatisierungs-, Zentralisierungs- und Konzentrationsprozess wird von verschiedener Seite kritisiert. Das haben auch andere festgestellt, allerdings in einem engeren Gebiet. So schreibt etwa die ‚Schweizerische Kirchenzeitung‘ im Aufsatz ‚Subsidiarität und Föderalismus‘:¹⁹

... In den letzten Jahren ist allerdings ein Prozess der schleichenden Zentralisierung auch in der Schweiz wie in anderen Staaten feststellbar, obschon die gegenwärtig geltende Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Grundsatz der Subsidiarität seit 2005 explizit garantiert. Neue Ausgaben- und Einnahmenverbände sind seither geschaffen, weitere Politikbereiche vereinheitlicht worden. ...²⁰

¹⁹ <https://www.kirchenzeitung.ch/article/subsidiaritaet-und-foederalismus-9700>

²⁰ Dazu ausführlich: Christoph A. Schaltegger / Marc M. Winistörfel: Zur Begrenzung der schleichenden Zentralisierung im Schweizerischen Bundesstaat, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 65 (2014), 183–229.

Als Professor für Politische Ökonomie und ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, einer babylonischen Lobby-Organisation, muss Christoph A. Schaltegger wissen, wovon er spricht, weil er Insiderwissen haben muss.

Und der Volkswirt und Babylonier Charles B. Blankart, der als Mitglied der babylonischen Organisationen Mont Pèlerin Society und der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft ebenfalls vertieftes Insiderwissen haben muss, wird wie folgt zitiert:

... Man könnte zugespitzt sagen, dass die Gliedstaaten sich zu einem Steuerkartell zusammenschliessen und die Zentralisierung ein Mittel zur Stabilisierung des an sich instabilen Kartells ist. Als Entgelt für die Überwachung der kolludierenden Gliedstaaten wird der Zentralstaat anteilmässig am Kartellgewinn beteiligt. ...²¹

Das «instabile Kartell» ist natürlich nur eine Tarnung, um die Prozesse der Vereinheitlichung zu verschleiern, und zudem werden die Probleme nur ansatzweise beschrieben, damit die dahinter versteckten Ziele nicht erkannt werden können.

Dieser rasant voranschreitende Konzentrationsprozess wird im Steuerrecht durch die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) (innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen) gesteuert. Die IOTA entstand im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Sie wurde 1996 gegründet und hat 44 Steuerverwaltungen als Mitglieder. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) ist seit 2006 Mitglied der IOTA.²²

Das internationale Steuerrecht verdeutlicht die Zielvorgabe einer lückenlosen Überwachung und über den Staaten stehenden Kontrolle. Mit dem automatischen Informationsaustausch (AIA) übermittelt die ESTV den ausländischen Steuerbehörden Informationen zu Kapitaleinkommensarten und Saldi von Kundenkonti von Personen, die im Ausland steuerlich ansässig sind. Oder beim Country-by-Country-Reporting (CbCR) tauscht die ESTV mit ausländischen Steuerbehörden länderbezogener Berichte multinationaler Unternehmen aus. Sie beinhalten Umsätze, Steuern und Kennzahlen sowie Angaben zu sämtlichen Rechtsträgern.

Schlussendlich wird die sogenannte «Amts- und Rechtshilfe» ausgeübt, indem Informationen zwischen internationalen Steuerbehörden gemäss Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), den Spontanen Informationsaustausch SIA und die Steueramtshilfe gemäss Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) ausgetauscht werden.²³ Man beachte, dass all dies völlig illegal geschieht, weil die Steuerverwaltung als Kapitalgesellschaft über gar keine hoheitliche Legitimation verfügt.

... am Beispiel der Mehrwertsteuer

Gestützt auf den «Vollmachten-Beschluss» vom 30. August 1939 beschloss der Bundesrat am 9. Dezember 1940, eine Wehrsteuer zu erheben. Diese Wehrsteuer wurde 1982 in «direkte Bundessteuer» unbenannt.

Die heutige Mehrwertsteuer (MWST) ist der Nachfolger der einstigen Warenumsatzsteuer (WUST). Letztere wurde als fiskalische Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg durch den Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1941 über die Warenumsatzsteuer eingeführt und Ende 1995 von der Mehrwertsteuer abgelöst. Dafür wurde das Bundesgesetz vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG, SR 641.20) erlassen, welches am 12. Juni 2009 durch ein neues Mehrwertsteuergesetz ersetzt wurde. Rein fiskalisch ist der Zweite Weltkrieg somit nach wie vor nicht beendet, sondern nur sprachlich umgedeutet.

²¹ Zur Kartellthese siehe Charles B. Blankart: Die schleichende Zentralisierung der Staatstätigkeit: Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vierteljahresschrift der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik 119 (1999), 331–350.

²² <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/internationales-steuerrecht/iota.html>

²³ <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home.html>

Steuern zu erheben ist eine Erfindung von Babylon. Diese wurde bereits im 3. Jahrtausend vor unserer Zeit bei den Sumerern angewandt.²⁴ Die Eidgenössische Steuerverwaltung setzt also lediglich die Vorgaben von Babylon um.

Im ersten Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 1999 wurde das Gemeinwesen erstmals genauer definiert. So waren beispielsweise Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität, thermischer Energie und ähnlichen Gegenständen und Tätigkeiten von Amtsnotaren, Vermessungsbüros besteuert.

Erst mit dem Mehrwertsteuergesetz von 2009 wird in Art. 3 Begriffe, Bst. g das Gemeinwesen grundsätzlich neu umschrieben und geregelt. Als hoheitliche Tätigkeit wird jede Leistung bezeichnet, die nicht unternehmerischer Natur ist, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht, selbst wenn für die Tätigkeit Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erhoben werden.

Zum Gemeinwesen heisst es im Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 2009 in Art. 12, dass die autonomen Dienststellen von Bund, Kantonen und Gemeinden und die übrigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts Steuersubjekte seien. Steuerpflichtig sind sie erst, wenn mehr als 100'000 Franken Umsatz pro Jahr aus steuerbaren Leistungen an Nichtgemeinwesen stammen.

In der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV, SR 641.201) wird sodann definiert, welche Tätigkeiten als unternehmerisch und damit als steuerbar gelten. Neu fallen u.a. auch die Rauchgaskontrollen unter die Steuerpflicht.

Weiter gibt es umfangreiche MWST-Branchen-Infos²⁵ für 26 Branchen. Allein die Infos für die Gemeinwesen umfassen 160 PDF-Seiten. Darin wird zwischen unternehmerischer und hoheitlicher Tätigkeit unterschieden. Bei der unternehmerischen Tätigkeit wird wiederum zwischen steuerbaren und steuerbefreiten Leistungen einerseits und Leistungen, die von der Steuer ausgenommen sind andererseits, unterschieden. Im Grundsatz ist ein Gemeinwesen hoheitlich, wenn es nicht unternehmerischer Natur, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht.

Noch komplizierter wird es, wenn Gemeinden gewisse Bereiche zusammenlegen. Dann gelten diese Bereiche nicht mehr als Organisationseinheit im Sinne von Art. 21. Abs. 5 MWSTG. Für diese Bereiche gilt neu die Mehrwertsteuerpflicht.

Gesamthaft bekommt man den Eindruck, dass das MWSTG bereits ans Fusionsgesetz angepasst wurde, indem es immer unerheblicher wird, ob nun ein Gemeinwesen mit einem privaten Rechtsträger fusioniert ist oder nicht. Es geht aber auch darum, die Mehrwertsteuer irgendwann auf alles auszudehnen, wenn alle Gemeinwesen in privater Hand sind.

Die einzelnen «Behörden und Ämter»

La Confédération Suisse (Schweizerische Eidgenossenschaft) wurde im Jahre 2014 in die höchste Muttergesellschaft (Ultimate Parent) mit total 999 Subsidiaries (Tochterfirmen) und Branches (Zweigniederlassungen) umgewandelt und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Siehe unter www.dnb.com.²⁶ Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist eine Aktiengesellschaft.²⁷

Gleichzeitig gibt es in der Schweiz eine Firma namens Schweizerische Eidgenossenschaft, die über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland verfügt. Siehe unter www.monetas.ch.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Sie verfügt über Tochtergesellschaften im Ausland. Sie hat einen

²⁴ <http://www.estv2.admin.ch/jubi/begriffsgeschichte-d.htm>

²⁵ Suchen unter Praxispublikationen / Publications de la pratique / Pubblicazioni della prassi und www.gate.estv.admin.ch / oder direkt unter <https://www.gate.estv.admin.ch/mwst-webpublikationen/public/pages/sectorInfos/tableOfContent.xhtml?publicationId=1004706&lang=de>

²⁶ Seit Anfangs Juli 2022 sind die Daten nur noch via Bezahlschranke sichtbar und seit Ende August 2022 nur noch bedingt über VPN (Virtual Private Network) erreicht werden.

²⁷ <https://www.law.cornell.edu/cfr/text/26/301.7701-2>

Verwaltungsrat, der mit dem Bundesrat identisch ist. Verwaltungsräte gibt es nur in Aktiengesellschaften. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Bundeskanzlei wurde bereits am 30. August 2002 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Auch sie ist eine Kapitalgesellschaft. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Daraus geht schlüssig hervor, dass der ganze Bundesrat nur noch pro forma eine Behörde ist, um das bestehende Bild der Ideologie «Demokratie» in den Köpfen der unwissenden, vorsätzlich in die Irre geführten Menschen in Erinnerung zu halten. Tatsächlich ist er ‚handlungsberechtigtes Organ‘ einer hoheitlich und handelsrechtlich nicht legitimierten sowie illegal gegründeten Firma, die sich anmassiert, hoheitliche Handlungen zu erlassen, anzuwenden und durchzusetzen. Dazu stehen ihm die gesamte Staatsverwaltung sowie auch die Kantone und Gemeinden als untergeordnete und damit befehlsnehmende Tochterfirmen zur Verfügung. Aber der Bundesrat kann spätestens seit diesem Datum keine legitimen, hoheitlichen Handlungen mehr vollziehen.

Diese Umwandlung der gesamten Nation in eine Holdingfirma wurde in strategischer Weitsicht geplant. Hierzu hat der Bundesrat die Planung von Babylon gemäss vorgegebenem Auftrag umgesetzt, bzw. umsetzen müssen, denn er ist, wie das Parlament, bloss ein biederer und korrupter Lakai dieser Herrscher im Hintergrund.

Weiter gilt es noch zu klären, ob die Bundesversammlung mit der UID-Nummer CHE-420.485.329 ebenfalls bereits eine private Kapitalgesellschaft ist. Da die Bundesversammlung ebenfalls ein Teil von La Confédération Suisse ist, die im Jahre 2014 «incorporated» wurde, ist sie spätestens seit diesem Zeitpunkt im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit von *La Confédération Suisse*. Deshalb können ihre Beschlüsse allerspätestens seit diesem Datum keine rechtliche Wirkung entfalten. Weil der Bundesrat alle Gesetze in Kraft setzt und die Bundeskanzlei diese Geschäfte vorbereitet und umsetzt, sind seit dem Jahre 2002 sämtliche Inkraftsetzungen ohne Kraft bzw. Legitimität.

Der Zürcher Kantonsrat mit dem Namen «*Kantonsrat während des Ratssitzungen*» macht es vor, weshalb er als Parent bzw. als Subsidiary beschrieben wird. Weitere Angaben fehlen, aber diese genügen, ihn als eine Kapitalgesellschaft zu entlarven. Und so wird es auch bei den übrigen Parlamenten der Fall sein. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Übrigens hat der Kantonsrat seine Parlamentsdienste bereits im Jahre 1996 verselbständigt.²⁸ Wurde sie bereits damals in eine Kapitalgesellschaft überführt?

Wirtschaftsdaten und deren Quellen

Die verschiedenen Wirtschaftsdaten stammen von den beiden privaten Datenbanken monetas.ch und dnb.com. Man muss die jeweiligen Einträge der beiden Datenbanken zusammenfassen, um eine bessere Übersicht zu erhalten.²⁹ Gemäss dnb.com gibt es in der Schweiz mehr als 7000 sogenannter «behördlicher» Firmen.

Aus diesen Recherchen kristallisieren sich zwei Sachverhalte heraus: Erstens muss festgehalten werden, dass es sich mehrheitlich um Aktiengesellschaften handeln muss, weil die Hinweise auf Verwaltungsräte, Mutter- und Tochtergesellschaften sowie Zweigniederlassungen zahlreich sind. So kann am Beispiel des Kantons Glarus festgestellt werden, dass alle drei Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Im Kanton Wallis ist es bei der dürftigen Datenlage sogar möglich nachzuweisen, dass die Hälfte der Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Sie sind also Aktiengesellschaften. Das ist nur eine logische Folge der aufgezeigten Gesetzgebung, weil mit diesen Kapitalgesellschaften Fusionen, Spaltungen etc. sehr einfach umzusetzen sind, die in der Öffentlichkeit nicht publik werden. Zweitens erschliesst sich aus den verschiedenen Bezeichnungen dieser «Behörden und Ämter» als Mutter- (Parent) und Tochtergesellschaften (Subsidiary), dass die ganze Schweiz holdingartig strukturiert ist. Das wieder-

²⁸ <https://zuonline.sich-erinnern.ch/Traueranzeige/Bruno-Rickenbacher>

²⁹ www.brunner-architekt.ch → Politik → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Allgemein → Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag **und**
... → Allgemein → Liste von amtsanmassenden Unternehmen mit richtigem Handelsname

rum ergibt sich bereits aus der Subsidiarität der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Dun & Bradstreet Schweiz AG bestätigt in ihrem Schreiben vom 30. November 2021³⁰, dass ihre Daten aus öffentlichen Quellen (SHAB, schweizerisches Handelsamtsblatt) sowie von Inkassounternehmen/Geschäftspartnern, oder Firmeninterviews stammen. Zu den Geschäftspartnern gehören selbstverständlicher Weise auch die Handelsregister. Das durfte schriftlich – mit Rücksicht auf diese «Geschäftspartner» – nicht so erwähnt werden. Bei der mündlichen Anfrage vom 16. November 2021 hiess es noch schlicht und einfach, die Daten stammen von den Handelsregistern, vom Zefix sowie vom Bundesamt für Statistik.

Die genannten Organisationen sind damit nichts anderes als Geschäftspartner von Dun & Bradstreet Schweiz AG und damit Unternehmen im Sinne des Fusionsgesetzes.

Wo es Rauch hat, gibt es Feuer und es ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass die Akten bis auf eine Ausnahme vollständig sind. Die unvollständige Akte ist jene des Volksentscheids.

Solange niemand direkt aussagen will, muss deshalb zuerst das Handelsregisteramt untersucht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Mitarbeiter keinen Zugang zu diesen Daten haben. Dies wird über die Software gesteuert. Diese Software wurde durch die DV Bern AG entwickelt und die gleiche Firma hütet für die meisten Handelsregisterämter auch die Daten auf ihren eigenen Servern. Sie liegen daher nicht beim Handelsregisteramt oder gar beim Kanton, sondern bei privaten Dritten. Inwieweit die DV Bern AG darin verwickelt ist, wird sich weisen. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass sie bzw. einzelne Funktionäre dieser Firma hier eine wichtige Rolle spielen.

Die zeitliche Entwicklung

Mit der Inkraftsetzung des ZGB im Jahre 1911 konnten auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, die wirtschaftliche Zwecke verfolgten, ins Handelsregister eingetragen werden.

Die erste bisher bekannte «öffentlich-rechtliche Institution», war die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV in Bern, welche schon im Jahre 1915 als Kapitalgesellschaft ins Handelsregister eingetragen wurde. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Umwandlung der Eidgenössischen Steuerverwaltung in eine Kapitalgesellschaft im Jahre 1915 fällt genau auf die neue Verteilung der Steuerquellen.³¹ In dieser Publikation wird auch eindrücklich dargestellt, ab wann die verschiedenen Steuern erhoben wurden. Sie wurden immer vielfältiger und immer höher. Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfolgt somit seit mehr als einem Jahrhundert nur wirtschaftliche Zwecke (Art. 52 Abs. 2 ZGB). Die Steuern sind **die** Einnahmequelle eines Staates. Und wenn diese Einnahmequelle nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, so heisst das folglich, dass ein solcher Staat nur ein Wirtschaftsunternehmen ist und keine gesellschaftlichen Funktionen erfüllen will.

Alles wird monetarisiert, sogar das Leben. Es gilt deshalb, das Wesen des Geldes zu verstehen, um auch die Zusammenhänge und Interaktionen erkennen zu können.

Gemäss dem babylonischen Zeitplan wurde das Zeitfenster geöffnet, um die einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Damit die Veränderung nicht so offensichtlich wurde, mussten zuerst die rechtlichen Grundlagen sukzessive angepasst werden. Wie schon oben ausgeführt, wurde die Handelsregisterverordnung auf den 1. Januar 1990 angepasst. In Art. 10 wurden neu die selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts definiert und in der Fassung vom 1. Juni 2004 heissen sie nur noch Institute des öffentlichen Rechts, wobei eine Bemerkung auf Art. 2 Bst. d des Fusionsgesetzes verweist.

Ein erneuter Blick auf die Begriffe des Fusionsgesetzes in Art. 2 Bst. d ist hier angezeigt:

³⁰ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

³¹ [www.estv.admin.ch](https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/estv/steuersystem/schweizer-steuersystem/ch-steuersystem_2021.pdf.download.pdf/ch-steuersystem_2021.pdf) → Die ESTV → Steuersystem Schweiz → Das Schweizerische Steuersystem → PDF

Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;

Damit wurden auf der Gesetzgebungsebene die Voraussetzungen geschaffen, um die Behörden und Ämter immer mehr zu Wirtschaftsunternehmen umzufunktionieren. Der springende Punkt ist, dass die Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften heimlich vollzogen wurde, ohne das Volk dazu zu befragen. Aus der Geschichte ist genügend belegt, dass diese Eigenmächtigkeit kein Einzelfall ist und eine lange Tradition hat, auch wenn hier keine weiteren Beispiele mehr aufgezeigt werden.

Diese Entwicklung zeigt korporativ-faschistische Elemente. Korporativer Faschismus ist die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft, wobei staatliche Kompetenzen auf Privatunternehmen übertragen werden. Dieser Prozess der stillen und illegalen Umwandlung von Behörden und Ämtern hin zu privaten Kapitalgesellschaften dient der konsequenten Umsetzung des babylonischen Ziels: Des absoluten Faustrechts für die selbsternannten Eliten, resp. die blinde und absolute Unterwerfung der gesamten Menschheit unter die Herrschaft von Babylon.

Die internationale Dimension^{32, 33}

Im Jahre 1990 wurde das International Business Leaders Forum (Internationale Forum (IBLF) für wirtschaftliche Führungskräfte, IBLF) durch Prinz Charles als „unabhängige, gemeinnützige und globale Organisation“ gegründet, das sich auf „Fragen der Nachhaltigkeit, des Wachstums und der Führung“ konzentriert habe. Das Gründungstreffen in Charleston, South Carolina (USA), hatte den Titel „Wirtschaftsinteressen und die Herausforderung des globalen Marktes“. Es wurde von über 100 weltweit führenden Unternehmen unterstützt. **Es war eine Bewegung, „um die Wirtschaft in die staatlichen Angelegenheiten der verschiedenen Nationen der Welt zu integrieren“, was zu einer globalen Integrierung, „also einer neuen Weltordnung führen“ solle.** Die IBLF wurde im Oktober 2013 aufgelöst und dann als IBLF Global³⁴ neu gegründet.

Das Ziel des Prinz-von-Wales-Wirtschaftsforums ist die kontinuierliche *«Verbesserung guter Bürgerschaft und nachhaltiger Entwicklung von Unternehmen weltweit als natürlicher Bestandteil erfolgreicher Unternehmensführung»*.

Der wohlthönende Jargon dieser Umschreibungen verschleiert die tatsächlichen Wohlstandszersetzenden Ziele.

Zum besseren Verständnis wird hier das Wort ‚nachhaltig‘ genauer betrachtet: Im allgemeinen Sprachgebrauch verstehen wir unter «nachhaltig» ein ökologisch optimales Verhalten, um die Natur zu schonen. Als Bill Clinton 1997 seine Antrittsrede hielt, brauchte er das Wort ‚nachhaltig‘ ebenfalls, aber in einem andern Sinne:

Wir brauchen neues Verantwortungsbewusstsein für ein neues Jahrhundert. Mit einer neuen Vision von Regierung, neuem Verantwortungsbewusstsein, neuem Gemeinschaftsgefühl, wird Amerikas Reise von Dauer (nachhaltig) sein. Die Verheissung, die wir in einem neuen Land suchten, werden wir in einem Land neuer Verheissung wiederentdecken.³⁵

Wenn in diesem Sinne von nachhaltiger Entwicklung die Rede ist, dann heisst das, dass die Entwicklung kontrolliert werden muss, um zu sehen, ob sie auch wirklich nachhaltig ist! Das heisst, wenn wir irgendetwas machen wollen, dann muss es zuerst kontrolliert werden und einen offiziellen, staatlichen Stempel bekommen, damit es überhaupt erlaubt wird. Und somit können wir das Wort ‚nachhal-

³² Youtube.com: Walter Veith, 07 Die teletransportablen, nachhaltigen, strahlenden Prinzen, Teil 1, ab 9:30 Min. <https://www.youtube.com/watch?v=yB34KHdK2Ys>

³³ Veon Joan M., Prince Charles: The Sustainable Pince, Hearthstone Publishing, 1997, 110 pages, ISBN 9781575580210, Kap. 83

³⁴ <https://www.iblfglobal.org/>

³⁵ Veon Joan M., Prince Charles: The Substainable Pince, Kap. 4

tig' ersetzen mit ‚Kontrolle‘ oder ‚Beherrschung‘. Je nachhaltiger etwas sein muss, je mehr muss es überprüft werden, je mehr wird man von oben, dem Staat bzw. von Babylon, kontrolliert.

Um diese nachhaltige Entwicklung auf der ganzen Welt zu fördern, wurden einige Massnahmen vorgeschlagen:

- Zeigen, dass den Unternehmen als Entwicklungspartnern, besonders bei wirtschaftlichem Wandel, für das Wohlergehen der Gemeinden eine wesentliche und kreative Rolle zufällt.
- Das Bewusstsein für die Wichtigkeit unternehmerischer Verantwortung in der internationalen Geschäftspraxis schärfen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinden als effektives Mittel zur Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung fördern. Also die ganze Gemeinschaft muss in diesen Bund inkorporiert werden.

Die öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) oder Public-private-Partnership (PPP) ist formell betrachtet eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Institutionen und Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel von PPP sei die Arbeitsteilung, wobei der private «Partner» die Verantwortung zur «effizienten» Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür «Sorge» trägt, dass «gemeinwohlorientierte Ziele beachtet» würden. Die öffentlich-rechtlichen Institutionen erwarten von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achten muss. Die ersten Projekte gehen auf das Ende der 1980er Jahre zurück. Bei der PPP sind verschiedene Modelle der Beteiligung möglich.³⁶

Die Vereinten Nationen wurden 1945 in San Francisco als Corporation gegründet und schufen 1998 die United Nations Foundation. Damit will die UNO die Public-private-Partnership fördern. Das Startkapital von einer Milliarde Dollar wurde von Ted Turner, einem Mitglied des Komitees der 300 gesponsort.³⁷

Etwas pragmatischer ausgedrückt geht es bei der PPP darum, die öffentlich-rechtlichen Institutionen zu privatisieren, d.h. diese neu als Kapitalgesellschaften gegründeten «öffentlich-rechtlichen Institutionen» mit multinationalen Konzernen zu verschmelzen, damit Babylon sein Ziel erreichen kann: Die vollständige Unterwerfung der Menschheit unter seine Herrschaft. Hier schliesst sich der Kreis: Genau dies wurde mit dem Fusionsgesetz in die Wege geleitet.

Durch öffentlich-private Partnerschaft verschiebt sich das Kräfteverhältnis vom Volk zu jenem Partner, der über das meiste Geld verfügt. Ist die Macht bei den grössten Portemonnaies (den Unternehmen), also Babylon angekommen, sind wir im Faschismus, beim Faustrecht gelandet, bei der ultimativen Herrschaft grosser (neu konzipierter) Regierungen und Unternehmen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die drei Mächte im Nationalstaat (Legislative, Exekutive und Judikative) vollständig durch die babylonischen Organisationen kontrolliert werden. Siehe dazu den Aufsatz Herrschaft.

Zu diesem Zweck wurde 1971 das Weltwirtschaftsforum (WEF) gegründet, das sich der «Verbesserung» des Zustands der Welt verschrieben hat. Es ist die Internationale Organisation für öffentlich-private Zusammenarbeit. Das Forum engagiert die führenden politischen, geschäftlichen und anderen Führungspersonlichkeiten der Gesellschaft, um globale, regionale und branchenspezifische Agenden zu gestalten. Das Weltwirtschaftsforum ist heute die führende globale Multistakeholder-Organisation³⁸ und beschäftigt mehr als 600 Mitarbeiter in Genf, New York, Peking und Tokio.³⁹

³⁶ <https://de.wikipedia.org> → öffentlich-private Partnerschaft

³⁷ <https://unfoundation.org/who-we-are/our-board/>

³⁸ Ein Stakeholder ist jemand, für den es aufgrund seiner Interessenlage von Belang ist, wie sich ein bestimmtes Unternehmen verhält. Er hat ein berechtigtes Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses oder Projektes.

³⁹ <https://www.weforum.org/about/leadership-and-governance>

Der Verwaltungsrat der Eidgenössischen Bundesverwaltung, Guy Parmelin, der sich amtsanmassend Bundesrat nennt, ist Mitglied dieser Organisation und sitzt im Gremium «Heads of State and Government». Er gehört also zu den hohen Babyloniern.⁴⁰

Um diesen Prozess zu verstärken, wurde 2004 vom WEF das Forum der Young Global Leaders gegründet. Heute besteht dieses Netzwerk aus 1000 jungen Führungskräften (30 bis 40 Jahre alt), die einen bedeutenden Einfluss auf unsere globale Zukunft haben. 2011 wurde zusätzlich die Global Shapers Community gegründet, mit dem Ziel, die Weltbevölkerung im Sinne der selbsternannten Herrscher zu formen (to shap) und damit deren Ziele zu erreichen. Diese Mitglieder sind 20 bis 30 Jahre alt.⁴¹



Klaus Schwab: What we are very proud of now is how we penetrate the Cabinets around the world.

Es sind nicht nur die genannten Organisationen, denn diese werden durch die alten babylonischen Organisationen in ihrer Arbeit unterstützt. Dazu kommt, dass die «offiziellen» Organisationen am gleichen Strick ziehen, weil sie von den gleichen Babyloniern geführt werden. Sie alle bilden ein riesiges Netzwerk.

7. Zusammenhänge

Wer glaubt, man könne die verschiedenen Themen, die uns als Gesellschaft betreffen, einzeln betrachten und angehen, täuscht sich massiv. Das eingangs Erklärte ist nur ein kleiner Teil eines viel grösseren Gefüges. Nicht nur die Ereignisse der letzten Jahre, sondern auch jene der letzten Jahrtausende stehen im gleichen Zusammenhang. Allerdings wird dies aufgrund der Konditionierung durch Kirche, Schule, Politik und Medien kaum wahrgenommen. Besonders die Akademiker glauben, sie wüssten, was Sache ist, weil sie es im Studium so auswendig gelernt und verinnerlicht haben.

Die mit gigantischem Aufwand verbreiteten Ideologien werden zusätzlich mit Halbwissen oder ganz Falschem vermengt.

Es ist aufschlussreich, einige dieser Ideologien und ihre aktuellen Erscheinungsformen in diese Gesamtschau einzubeziehen.

⁴⁰ <https://www.weforum.org/events/the-davos-agenda-2021/cochairs>

⁴¹ <https://www.globalshapers.org/>

Corona

Die Corona-Pandemie entstand nicht zufällig. Und die Ursachen der Entstehung und die ‚Gegenmassnahmen‘ wurden auch nicht zufällig als ‚unhinterfragbar‘ und ‚sakrosankt‘ präsentiert und aufgezwungen.⁴²

Aus den gleichen Motiven hat Klaus Schwab, ein Bilderberger und der Gründer des World Economic Forum (WEF), das Buch *COVID-19: The Great Reset (COVID-19: Der Grosse Umbruch)* geschrieben und im Juli 2020 veröffentlicht, also genau vier Monate nach Beginn der Corona-Pandemie. Darin schrieb er u.a.:

In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen und Sie werden glücklich sein.

Es wird den Menschen weisgemacht, sie müssten geimpft werden, um das noch nie isolierte Spike-Virus, (das nur ein Stressprotein ist und wegen der Mikrowellenstrahlung entsteht, die vorsätzlich verbreitet wird), zu «bekämpfen». Dies, obwohl längst bekannt ist, dass Impfungen das Immunsystem schädigen. Die Covid-19-Impfungen sind mRNA Impfungen, verabreicht mit Nanopartikeln oder Vektoren. Hierzu hat der oberste Gerichtshof der USA 2013 entschieden, dass Geimpfte weltweit als patentierte gelten und faktisch in den Besitz des jeweiligen Impfstoffherstellers übergehen, wenn sie per Impfung genetisch manipuliertes Material erhalten haben. Deshalb gilt der gesamte Körper des Geimpften als Besitz des Herstellers (Pharmaunternehmen) der Genspritze. Mit dieser gegenüber den Opfern nicht deklarierten «Rechtswirkung» werden die Geimpften nicht mehr als natürliche Menschen, sondern als sogenannte «Trans-Humans» eingestuft. Alle Menschenrechte, die für ‚natürliche Personen‘ gelten, sollen bei diesen «transhumanen» Geimpften ausnahmslos entfallen. Seit 2013 gelten für alle mRNA-Geimpften, also die sogenannten «Trans-Humanen», auch keine anderen Rechte, z.B. als Staatsbürger. Dies betrifft nicht nur die in den USA lebenden Geimpften, sondern weltweit alle mRNA Geimpften.⁴³

Mit dieser «Impfung», sprich mit dieser Giftspritze, werden die Menschen gleichzeitig gechipt.⁴⁴ Damit kann man sie noch besser überwachen.

Was passierte in den letzten zwei Jahren in ökonomischer Hinsicht? Wegen der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie wurden wie auf Knopfdruck weltweit Lockdowns verhängt. Die Folge war, dass die Unternehmen ihre Tore schliessen und die Angestellten zu Hause bleiben mussten. Somit gab es weniger Umsatz und damit weniger Verdienst. Die Grundausgaben blieben aber bestehen, womit sehr viele von ihrem Ersparten leben mussten, und Teile davon haben es bereits aufgebraucht, weshalb sie zahlungsunfähig wurden. Die andern wurden gezwungen, ihre Reserven zu verkleinern.

Gleichzeitig konnten die ganz grossen Unternehmen wie beispielsweise Amazon mehr als 100'000 Leute zusätzlich einstellen und sie machten in den letzten Jahren zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen weltweit richtig Kasse. Damit fand eine weitere Verschiebung des Vermögens von Arm zu Reich statt, was von den Behörden weltweit willfährig gefördert wurde. Diese Vorgänge sind nur ein erster Schritt zur Erreichung des von Klaus Schwab für 2030 genannten Ziels, der Agenda 2030⁴⁵, um die weltweite Gesellschaft im Sinne der babylonischen Herrscher zu verändern. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Wirtschaft genau gleich wie das Geld nur ein Mittel zum Zweck ist, die Menschheit zu unterjochen.

Zu diesem Zweck wurde mit künstlich erzeugten Wellen (Frequenzen) die Atemwegerkrankung COVID-19 ausgelöst, und die Folgen dramatisch aufgebläht, um auf diesem Wege den vorgetäuschten Virus mittels gesellschafts- und gesundheitszerstörenden Massnahmen zu bekämpfen. Die Spitze dieser Massnahmen bilden die Impfungen, die die Menschen nicht nur chipen, sondern sie vorsätzlich krank machen und sie frühzeitig unter den Boden bringen, wie die Statistiken inzwischen belegen. Die Übersterblichkeit ist statistisch offiziell belegt, auch wenn sie von der Politik ignoriert wird. In der Schweiz beträgt sie gemäss Eurostat im Vergleich der Jahre 2016-2019 gegenwärtig 25.9 Prozent, und das

⁴² www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Ideologien → Ideologie COVID-19

⁴³ https://www.supremecourt.gov/opinions/12pdf/12-398_1b7d.pdf

⁴⁴ <https://www.bitchute.com/video/OC7HW6FXTsPU/>

⁴⁵ <https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home.html>

obschon die Pandemie vorüber ist.⁴⁶ Diese Übersterblichkeit ist nicht eine Folge von COVID-19, sondern der Impfungen. Damit ist der Vorsatz bestätigt.

Die Corona-Gefahr scheint zwar im Moment noch gebannt zu sein. Es ist aber zu erwarten, dass ab dem Herbst 2022 wieder eine Pandemie ausgerufen wird und sich die illegalen Government Industry-Firmen weiter anmassen werden, hoheitliche Handlungen auszuführen und durchzusetzen. Damit will Babylon sicherstellen, dass die Unternehmen weiterhin ihr Vermögen abbauen und in der Folge auch die Angestellten leer ausgehen. Dieser Arbeitsplatz-Abbau wird durch den vermehrten Einsatz von Robotern verstärkt, sodass Heerscharen von Arbeitslosen entstehen sollen.

Es ist von der selbsternannten Weltelite geplant, die Menschheit bis 2050 zu reduzieren:

Mindestens 4 Milliarden „nutzlose Esser“ sollen bis zum Jahr 2050 durch begrenzte Kriege, organisierte Epidemien tödlicher, schnell wirkender Krankheiten und Hunger eliminiert werden.⁴⁷
Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972),
Politiker und Gründer der Paneuropa-Union, Mitglied des Komitees der 300

Aus diesem Grund erklärte der Freimaurer Rudolf Steiner im Jahre 1917 in seinen Vorträgen:⁴⁸

Und die Zeit wird kommen,... wo man sagen darf: Es ist schon krankhaft beim Menschen, wenn er überhaupt an Geist und Seele denkt. ... Und man wird finden ... das entsprechende Arzneimittel, durch das man wirken wird. ... Die Seele wird man abschaffen durch ein Arzneimittel. Man wird aus einer «gesunden Anschauung» heraus einen Impfstoff finden, durch den der Organismus so bearbeitet wird in möglichst früher Jugend, möglichst gleich bei der Geburt, dass dieser menschliche Leib nicht zu dem Gedanken kommt: Es gibt eine Seele und einen Geist.»

Weitere Argumente rund um die Corona-Pandemie sind in den Rundmails zu finden.⁴⁹

Ukraine

Der ‚Ukraine-Krieg‘, bzw. die Sonderoperation in der Ukraine setzt diese Entwicklung fort. Die Ukraine wird der Vergangenheit angehören, weil der russische Osten (das Ur-Russland, die Kiewer Rus) von Russland einverleibt wird. Der übrige Rest der Ukraine wird, so wie sich die Anzeichen verdichten, von Polen mit Unterstützung von Ungarn und Rumänien einverleibt werden, womit Piłsudski's politische Idee des Intermarium mit der Drei-Meeres-Initiative entstehen wird. Inwieweit dies zudem mit der Visegrad-Gruppe⁵⁰ zu tun hat, muss im Moment offenbleiben.

Die westlichen Staaten verhängen wegen dem von Putin gestarteten «Angriffskrieg» Wirtschaftssanktionen gegen Russland und verleugnen dabei, dass sie diese Situation mit ihren politischen Handlungen in den letzten Jahrzehnten vorsätzlich geschürt haben. Gemäss den Schlagzeilen sind diese Sanktionen gegen Russland gerichtet. Schaut man jedoch etwas genauer hin, so stellt man fest, dass damit die Länder des Westens um ein Vielfaches stärker belastet werden. So wollen Europas Regierungen kein Gas und Öl mehr von Russland beziehen. Die Folgen werden dramatisch sein.

Energiepreise und Lieferketten

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck äusserte⁵¹ am 6. Juli 2022 zum wiederholten Mal:⁵²

⁴⁶ <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220916-1>

⁴⁷ Coleman John, The Story Of The Committee Of 300, Seite 105
<https://archive.org/details/TheStoryOfTheCommitteeOf300/TheStoryOfTheCommitteeOf300/>

⁴⁸ Steiner Rudolf, Geistige Wesen und ihre Wirkungen, Band I, Die spirituellen Hintergründe der äusseren Welt, GA 177, Seite 97ff. <http://fvn-archiv.net/PDF/GA/GA177.pdf#view=Fit>

⁴⁹ <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

⁵⁰ Was hat Israel mit der Visegrád-Gruppe zu tun? (Valeriy Pyakin 25.02.2019)
<https://www.youtube.com/watch?v=Bx0M1P5FWJ8>

⁵¹ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/robert-habeck-energiepolitik-1.5612658>

Der Herbst 2022 werde teuer, und auf etwa 50 Prozent der Bevölkerung komme eine Situation zu, "in der sie weniger verdienen als sie ausgeben". Für die deutsche Wirtschaft bedeute der steile Anstieg der Energiepreise das dreifache Risiko von Kaufkraftverlust, drohender Kreditklemme und Investitionsschwäche. In den Unternehmen gebe es eine wachsende Investitionszurückhaltung, und bei den Banken eine wachsende Zurückhaltung, Kredite zu vergeben.

Es explodieren nicht nur die Energiepreise, wie wir selbst feststellen können, sondern auch die Lieferketten brechen weiter zusammen, nachdem sie schon während der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie bereits gebrochen wurden. Damit wird die gesamte Welt umgestaltet. Profitieren wird immer derjenige, der die dahinterstehenden Ideologien in die Wege geleitet hat. Das sind immer die Gleichen. Die Verlierer sind die einzelnen Menschen, deren Vermögen sich in der angebahnten Inflation weiter verringern wird.

Hyperinflation

Wie war das noch in Deutschland mit seiner Hyperinflation in den 1920er Jahren? Der brave Professor, der ein Leben lang in seine Pensionskasse einbezahlt hatte, konnte mit seiner ganzen angesparten Pension gerade noch ein Stück Brot kaufen. Dazu wird es wieder kommen, aber sehr viel schlimmer.

Der Freimaurer Trotzki schrieb 1914 das Buch *Der Krieg und die Internationale*.⁵³ In der Einleitung schrieb er:

Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen „Vaterlandes“ handeln, das zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.

Die Europäische Union, sie entstand 1993 mit dem Vertrag von Maastricht, sind diese ‚republikanischen Vereinigten Staaten Europas‘. Und der Euro wurde zu genau diesem Zweck kreiert. Der «Vater des Euro», Robert Mundell, ein Befürworter einer Welt-Einheitswährung, offenbarte:

Die Idee, dass der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die 1 Prozent Reichen, die ihn unterstützen – vorhersah und beabsichtigte.⁵⁴

Es ist ein offenes Geheimnis, dass nicht nur der Euro, sondern auch der US-Dollar eines Tages keinen Wert mehr haben werden. Dann wird der lange geplante ‚Nutzen‘ dieser Währungen ersichtlich. Die grossen Massen sollten durch Hyperinflation enteignet werden und die ein Promille (oder noch weniger) würden die Gewinner sein. Dieser Enteignungs-Mechanismus ist nicht neu, sondern der ‚todsichere Begleiter‘ jeder Inflationsspirale.

Wie sagte doch Mundell:

Mit dem Euro wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt. Und ohne die Fiskalpolitik können Nationen nur dann ihre Arbeitsplätze erhalten, wenn sie die Marktregulierungen abbauen und dadurch wettbewerbsfähig werden.⁵⁴

Die Zentralbanken spielen bei der ökonomischen Entwicklung der verschiedenen Staaten eine massgebende Rolle, weil sie vor allem mit der Geldmenge und den Zinsen in der Lage sind, die Wirtschaft in eine Richtung zu steuern und so Blasen, Rezessionen, Inflation etc. provozieren, um die Menschen weiter zu betrügen. Weil das Geld keine Warendeckung mehr besitzt, kann es aus dem Nichts beliebig

⁵² RT, 12. Juli 2022: Deutschlands bitterer Weg in die Katastrophe: Keiner soll hungern, ohne zu frieren <https://rtde.site/meinung/143262-deutschlands-bitterer-weg-in-katastrophe/>

⁵³ Trotzki Lew Dawidowitsch, *Der Krieg und die Internationale*, Verlag der Grütlibuchhandlung, 1918. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1914/kriegint/index.htm> und als E-Book www.politik.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher → Trotzki Leo: Krieg und Internationale

⁵⁴ Der wahre Zweck des EURO: <https://www.youtube.com/watch?v=KBMAVBZ3DrE>

geschaffen werden (FIAT-Geld) und zusammen mit der beliebigen Festsetzung des Zinssatzes, diese Prozesse in Gang setzen.

Weltweit werden diese Prozesse durch die Zentralbank der Zentralbanken, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) / Bank for International Settlements (BIS) / Banque des règlements internationaux (BRI), Banca dei Regolamenti Internazionali (BRI) gesteuert. Sie ist eine private Unternehmung, hat ihren Sitz in Basel und genießt seit 1930 ein Staatsabkommen (SR 0.192.122.971) sowie seit 1936 völlige Immunität (SR 0.192.122.971.1).

Wer glaubt, das Geld sei von den einzelnen Staaten kontrolliert, irrt sich, denn die Funktionäre der Zentralbanken befinden sich genauso in der Hand von Babylon wie die Parlamente, Regierungen und die Gerichte. Wichtig ist aber zusätzlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zentralbanken private Unternehmen sind. Auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist seit Beginn ihrer Tätigkeit eine Aktiengesellschaft. Dabei ist anzumerken, dass die Mehrheit der SNB-Aktien nicht mehr den Kantonen (36.3 Prozent) und den Kantonalbanken (10.8 Prozent) gehören. Der Bund ist nach dem Verzeichnis der CRIF-Schweizer Wirtschaft, Stand Februar 2020, nicht beteiligt und Private besitzen 32.9 Prozent der Aktien. Das ergibt zusammen lediglich 80 Prozent. Wem gehören aber die restlichen 20 Prozent?

Abschaffung der Nationalstaaten – kommunistisches Manifest

Die Schutzmechanismen der Staaten in Form von Zöllen und Wirtschaftsvereinbarungen sind im freien Fall. Ein Beispiel sind die Eingriffe in den Markt, die mit der Ideologie der Globalisierung in den 1980er Jahren auch bei uns gestartet wurden. Die Nationalstaaten sollen nichts mehr zu entscheiden haben und überflüssig werden. Als Nachfolger der Nationalstaaten wurden die illegal gegründeten Kapitalgesellschaften installiert. Hier steckt das wahre Motiv der illegalen Umwandlung und der verbissenen Unterdrückung von deren Bekanntmachung.

Die gesamte Staatsverwaltung steht im Dienst, die Erkenntnis über diesen Sachverhalt möglichst lange zu verhindern.

Dieses Szenario wurde schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Kommunistischen Manifest⁵⁵ in die Wege geleitet. Mit dem erstmaligen Erscheinen dieses Manifestes im Februar 1848 entbrannten in allen europäischen Staaten die Revolutionen. In der Folge wurden die Nationalstaaten gegründet. In diesem Manifest sind u.a. auch die Forderung zur Aufhebung des bürgerlichen Eigentums sowie weiterer geplanter Veränderungen, die in der Gesellschaft seit Jahrzehnten ablaufen, festgehalten. Schwabs Forderung ist somit lediglich die Umsetzung der Forderung des Kommunistischen Manifestes, was bestätigt, dass die Geschichte das Ergebnis langfristiger Planungen und keineswegs ein zufälliges Geschehen ist.

Abbauplan für die westliche Wirtschaft

Aufgrund der jüngeren Ereignisse, vor allem im Energiebereich, ist vorhersehbar, dass der Westen, insbesondere aber Europa bereits im nächsten Winter in die «Steinzeit» zurückgeworfen werden sollte. Das wäre aber nur der Anfang, denn es ist geplant, dass der ‚Great Reset‘, ‚der Grosse Umbruch‘, noch weitere acht Jahre dauern soll. Laut Morgenthau-Plan solle sich dieses Szenario nicht nur für Deutschland bewahrheiten, sondern für ganz Europa, das in einen Agrarstaat umgewandelt würde. Dieser Agrarstaat würde aber nicht von vielen Bauern getragen werden, weil diese verschwinden sollten, sondern von wenigen Grossgrundbesitzern, von multinationalen Unternehmen, also von Babylon. Was heute in Holland mit der Stilllegung von Bauernhöfen geschieht, zeigt die entsprechende Stossrichtung.

Die westliche Industrie wurde im Zuge der Globalisierung bereits an China ausgelagert und mittels Ideologie der «Energiewende» zunehmend reduziert. Mit den Sanktionen – dem willkürlichen politischen Verzicht, Gas und Öl aus Russland zu beziehen – wird der Industrie abrupt die Energie entzogen, womit die Produktion zum Stillstand kommen soll. Dass eine solchermassen absurde und offensichtliche Wirtschaftszerstörung bisher ohne massive Gegenwehr durchgesetzt werden konnte, war nur mittels umfassender, jahrelanger Indoktrinierung der Bevölkerung erreichbar.

⁵⁵ www.politik.brunner-architekt.ch → Politik → Bücher → Marx: Kommunistisches Manifest
http://classiques.uqac.ca/classiques/Engels_Marx/manifeste_communiste/Manifeste_communiste.pdf
http://it.wikisource.org/wiki/Il_Manifesto_del_Partito_Comunista

Der kommende Krieg

Wer aber glaubt, das Skizzierte stehe lediglich in Zusammenhang mit einem Great Reset für den Westen, wird sich täuschen. Es ist deutlich erkennbar, dass weltweit noch viel mächtigere Auseinandersetzungen geplant sind. So will u.a. die Volksrepublik China die Republik Taiwan wieder in 'sein Reich' integrieren. Übersetzungshilfe: «La guerra che verra» bedeutet in Deutsch: Der kommende Krieg. Die Babylonier wollen das Prinzip des «Teile-und-herrsche» nach wie vor auch mit brutalsten kriegerischen Mitteln, der rohen physischen Gewalt, umsetzen.



Die Insel Taiwan stand von 1683 bis 1895 unter chinesischer und von 1895 bis 1945 unter japanischer Herrschaft. Erst mit der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg gegen die babylonischen Kommunisten von 1949 flüchtete der damalige Kontrahent, Generalissimo Chiang Kai-shek, ebenfalls ein Babylonier, mit seiner Elite nach Taiwan (damals Formosa) und errichtete seine eigene «Republik China» mit einem Einparteienstaat. Ab den 1980ern wurde eine Liberalisierung durchgeführt und die bisherige Doktrin des einheitlichen chinesischen Staates verworfen. Doch nun wird der Einheitsstaat durch China militärisch durchgesetzt werden.

Der Besuch von Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses, als höchstrangige Vertreterin der Vereinigten Staaten, am 22. August 2022 in Taiwan diene dazu, diesen Konflikt zu schüren.

Im Bild wird Xi Jinping mit zwei babylonischen Gesten gezeigt. Der Griff mit der linken Hand an die Krawatte bedeutet: Er bittet seine babylonischen Brüder um Hilfe. Mit der rechten Hand unter dem Jackett bestätigt er, dass er das Geheimnis kenne und er ein sehr hoher Babylonier sei. Zusätzlich sehen wir im Bild je sechs Flugzeuge und Kampfschiffe sowie vier Panzer. Die sechs ist ein kabbalistisches Herrschaftssymbol.

Xi Jinping ist Mitglied des Global Leadership Fellow-Programms des WEF.⁵⁶

Fazit

Die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen darf also keineswegs nur isoliert betrachtet werden. Man kann sie nur im Zusammenhang mit den gesamten globalen Vorgängen verstehen.

Um das Schlimmste abzuwenden, ist es jedoch unabdingbar, vor der eigenen Haustüre zu wischen und unsere Macht durch das Einholen der Bringschuld bei unseren vorgeblichen «Vertretern» geltend zu machen.

So ist es trotz aller institutionellen Behördenkriminalität möglich, das Ruder definitiv im Sinne der Menschen und des Lebens herumzureissen.

8. Hilflose Gegenpropaganda

Seit über drei Jahrzehnten ist der Beschwerdeführer von einer institutionellen Behördenkriminalität betroffen, und seit mehr als zwei Jahrzehnten geht er dagegen konsequent vor.

Als der Beschwerdeführer vor zwei Jahren die Thematik «Behörden als Firmen» aufzugreifen begann, war er der Einzige, obschon diese Information schon seit Jahren im Internet bekannt ist. Er stellte fest, dass die Behörden nach einem ersten Zurückweichen begannen, die Vorbringen zu ignorieren, in der irrigen Hoffnung, das Ganze bis zum geplanten Endschlag aussitzen zu können.

Vor einem Jahr griff der Verein SIPS das Thema der illegalen Privatisierung des Staates auf und wurde schnell bekannt, weil er den Menschen effiziente Werkzeuge anbot, um sich zu verteidigen. Die bereitgestellten Grundlagen haben die Kraft, den babylonischen Gordischen Knoten zu durchschlagen. Seither kann beobachtet werden, dass immer mehr Ämter Probleme bekunden, einerseits die Angestellten zu halten, andererseits mit der Flut von Beschwerden und ernst zu nehmenden Forderungen umzugehen. Einzelne setzen angedrohte Massnahmen bereits nicht mehr um und ziehen ihre Verfügungen wieder zurück.

⁵⁶ <https://www.weforum.org/events/the-davos-agenda-2021/cochairs>

Inzwischen mehren sich die Hinweise, dass das herrschende System, also Babylon, längst nicht mehr alles ignorieren kann. Auch die vor einigen Monaten gezündete weitere Eskalationsstufe bleibt ein zahlloser Tiger: Zur Bekämpfung der Gegner **fehlen Babylon die rechtlichen Mittel**. Es können keine juristischen Gegenmassnahmen eingeleitet werden, denn **die Beweise für den verdeckten Putsch sind hieb- und stichfest**. Darum wird seit einiger Zeit versucht, mit einer Desavouierungs-Kampagne gegen die entstandene Bewegung vorzugehen. Auch dieser Versuch scheitert zusehends an der schlechten Argumentation und fehlenden Glaubwürdigkeit. Bleibt nichts anderes als das Eingeständnis der Niederlage Babylons.

Beispiel 1: Die Schweizerzeit

Einen hilflosen Propagandaversuch startete erstmals die Schweizerzeit als eine der Schweizerischen Volkspartei nahestehende Zeitung. Die Redaktion besteht aus den ehemaligen Nationalräten Ulrich Schlüer und Hans Fehr und einigen weiteren Autoren und Kolumnisten. Die Redaktion und das Gros der Autoren sind Babylonier.

Dieser Versuch startete der Thurgauer Kantonsrat Hermann Lei mit dem Artikel: Verschwörungstheorien oder Wahrheit? – Die «Firma Schweiz», vom 12. August 2022.⁵⁷ Nachstehend wird nur eine Rosine herausgegriffen, weil die Abhandlung zu lange würde:

Lei zeigt einen Screenshot der Schweizerischen Eidgenossenschaft von der Homepage von UPIK und behauptet zugleich, es handle sich um «ein privates Adressregister.»

Tatsache ist, dass es sich bei **UPIK um ein einheitliches und firmenübergreifendes Identifizierungssystem handelt**.⁵⁸ Es geht also nicht um Adressen, sondern um die Identifizierung von Firmen, woran sich erkennen lässt, dass den Lesern Scheinargumente präsentiert werden. Von der tatsächlichen Brisanz des Themas abzulenken, ist altbekannte babylonische Taktik.

Dass so ein Scheinargument ausgerechnet aus der Feder eines Politikers kommt, zeigt, wie wenig wir den Politikern aller Couleur über den Weg trauen können. Sie dienen nicht pflichtgemäss dem öffentlichen Interesse an der Wahrheit, sondern vertuschen die kriminellen Akte vielmehr mit grossem Aufwand zugunsten der Agenda von Babylon. Bei Lei kommt noch erschwerend hinzu, dass er Rechtsanwalt ist. Rechtssuchende wenden sich in der Regel immer an Anwälte. Aber solange jemand das Rechtssystem nicht durchschaut, kommt er, wenn er einen Rechtsanwalt konsultiert, vom Regen in die Traufe, denn sie unterstützen (wie oben ausgeführt) das babylonische System, d.h. kriminelle Organisationen gemäss Art. 260ter StGB. Als Entgelt für ihre Stützung des babylonischen Systems wurde ihnen das Monopol erteilt, Dritte vor Gericht gegen Entgelt, das nicht zu knapp bemessen ist, zu vertreten. Sie sind daher Mittäter beim Betrug!⁵⁹

Beispiel 2: Das Juristenkomitee

Ein weiteres klägliches Beispiel bietet das Juristenkomitee mit einer KURZANALYSE «MENSCH VERSUS PERSON / BEHÖRDEN = FIRMEN»⁶⁰

Wenn Sie die illegale Umwandlung der Institutionen in Kapitalgesellschaft verstanden haben, kennen Sie auch die entscheidenden Elemente: Es ist erstens die Verletzung der entsprechenden Gesetzesvorschriften für Firmengründungen, welche die Übertragung der hoheitliche Handlungslegitimation verunmöglichte und zweitens die fehlende Publikation der entsprechenden Firmen sowie auch der Handelsberechtigten im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB). Das hat zur Konsequenz, dass die Firmen nicht handelsberechtigt sind und die Handlungsberechtigten privat, d.h. mit ihrem eigenen Vermögen haften.

⁵⁷ <https://schweizerzeit.ch/die-firma-schweiz/>

⁵⁸ <https://www.dnb.com/de-de/upik/>

⁵⁹ www.politik.brunner-architekt.ch → Politik → Recht → Anwälte → Brief an den Schweizerischen Anwaltsverband vom 13. April 2022: Die Rolle der Anwälte – Allgemeine Bedingungen

⁶⁰ www.juristen-komitee.ch → News → Kurzanalyse des Committee Board «Mensch vs. Person / Behörden = Firmen» oder direkt: https://juristen-komitee.ch/wp-content/uploads/2022/09/2022_09_01_Kurzanalyse_Mensch-Person-Behoerden-Firmen.pdf

Lesen wir jedoch die genannte «Kurzanalyse» des «Juristenkomitees», so finden wir ausgerechnet diese stärksten Argumente nicht darin. Das heisst, es ist eine babylonische Analyse, mit der versucht wird, das Gegenteil zu bewirken.

Bezüglich der Ideologie Mensch versus Person wird behauptet, dass es zwei synonyme Wörter seien. Wie oben ausgeführt, stimmt dies ganz und gar nicht und sollte jedem Juristen in die Augen springen, denn aufgrund der Gesetzgebung geht schlüssig hervor, dass die Menschen zu schützen sind und die Personen zu tun und lassen haben, was ihnen von den Behörden befohlen wird. Es handelt sich bei dieser Unterscheidung um ein hinterhältiges, verdeckt genutztes juristisches Herrschaftskonstrukt, um die Ziele von Babylon zu erreichen.

Weiter wird versucht, eine Drohkulisse aufzubauen, indem die Rollen aufgrund der falschen Begründung vertauscht werden. Den Freiheitssuchenden wird unterstellt, sie würden Strafdelikte begehen, ohne dies korrekt juristisch zu begründen. Die Täter hingegen werden in dieser Analyse als Opfer dargestellt und umgekehrt.

Schlussendlich wird empfohlen, sich politisch zu engagieren und Petitionen etc. zu lancieren, d.h. sich weiter an die babylonischen Einrichtungen zu halten und die damit verbundene Kriminalität zu akzeptieren. Ihre Absicht ist also der Schutz des bestehenden babylonischen Rechtssystems (das infolge der illegalen Privatisierung nicht mehr anwendbar ist), um zu einem «guten Ende» zu gelangen.

Das heisst, die Verfasser bzw. alle, die in diesem Juristenkomitee versammelt sind, sind Babylonier. Als Juristen bzw. Rechtsanwälte profitieren sie (wie oben ausgeführt) selbst enorm vom babylonischen Rechtssystem.⁵⁹

Auch diese peinliche Argumentationsschwäche deutet darauf hin, dass das babylonische System am Ende ist und verzweifelt nach Möglichkeiten Ausschau hält, das bzw. ihr individuelles Ende aufzuhalten!

Gegenargument eines Ex-Politikers

Die Kolumne des ehemaligen SVP-Nationalrates und Walliser Staatsrates Oskar Freysinger im Walliser Bote vom 19. August 2022 unter dem Titel «Die Firma Schweiz»⁶¹ bestätigt hingegen die Begründung des Beschwerdeführers. Er erklärt:

... nach der Ablehnung des EWR-Beitritts durch das Volk wurde am 24. Februar 1993 im belgischen Handelsregister der Firmennamenname «Ständige Mission der Schweiz bei der EU» mit der Nummer 0449.309.542 registriert. Diese Geschäftseinheit fungiert als Filiale des folgenden Hauptsitzes: «Die Schweiz/Schweiz». Ihre Rechtsform entspricht jener von öffentlich-rechtlichen ausländischen oder internationalen Organismen wie die EU-Kommission! ...

... Am 18. Februar 2014 wurde sogar der Firmennamenname «Schweiz» unter der Identifikationsnummer 0550.646.531 ins belgische Handelsregister eingeschrieben. Als Hauptsitz ist angegeben: Bundeshaus West SN/3003 BERN. ...

Die globale Finanzialisierung und Kommerzialisierung macht also vor der direkten Demokratie keineswegs Halt. Auch in der Schweiz hat der Informationskapitalismus – im Gegensatz zum Industriekapitalismus – sogar das Immaterielle in eine Ware verwandelt. Das Leben als solches wird zum Handelsgut. Kultur, Politik, Ökologie (CO2-Abläss!), ja selbst soziale Institutionen und Staaten werden als rentable Markenartikel gehandelt.

Die schädlichste Folge dieser allgemeinen Kommerzialisierung unserer Zivilisation ist die Zerstörung der Gemeinschaftsidee, denn eine Gemeinschaft, die zur Wahre wird, ist keine Gemeinschaft mehr. Der zum Konsumenten degradierte Mensch siecht mit seiner schwindenden Kaufkraft dahin. ...

Freysinger straft damit die überschlaun Juristen und seine Parteifreunde Lügen, womit offensichtlich wird, dass Sie diese Verbrechen immer noch zu schützen versuchen. Freysinger wird damit nicht rein gewaschen, denn er hat das babylonische System in der Vergangenheit ebenfalls geschützt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Freysinger den Auftrag von Babylon hatte, dies zu schreiben, weil sie die

⁶¹ <https://bumibahagia.com/2022/09/03/die-firma-schweiz-klartext-in-der-oberwalliser-zeitung/>

Meinung vertreten, die entstandene Gegenbewegung werde zu wenig Kraft haben, das herrschende System zu entthronen.

B. Formelle und materielle Stellungnahme

9. Die Legitimität der «Behörden und Ämter»

Kanton Zürich

Der Kanton Zürich wird als Subsidiary (der Aktiengesellschaft Schweizerischen Eidgenossenschaft) bzw. als Parent (der ihm angegliederten Organisationseinheiten) beschrieben. Wann der Kanton «incorporated» wurde, ist nicht verzeichnet. Seit der Eintragung der Unternehmung Schweizerische Eidgenossenschaft vom 18. Februar 2014 als Aktiengesellschaft spielt das so oder so keine Rolle mehr, denn seither sind alle Organisationseinheiten wie Kantone, Gemeinden samt deren Verwaltungen ein Teil dieser Muttergesellschaft und damit Teil dieser Aktiengesellschaft. Alle sieben kantonalzürcherischen Departemente werden ebenfalls als Subsidiary (Tochtergesellschaft) bzw. als Parent (Muttergesellschaft) bezeichnet, die je wiederum unterschiedliche Subsidiaries bzw. Parents und/oder Branches (Zweigniederlassungen) als Joint Stock Company (Aktiengesellschaft) besitzen. Sowohl die Firma Kanton Zürich als auch die sieben Departemente halten Tochtergesellschaften im Ausland. Siehe unter monetas.ch und dnb.com.²⁶

Als zeichnungsberechtigte des Kantons Zürich werden Beat Husi und Kathrin Arioli genannt. Husi war von 1995 bis Anfang 2018 Staatsschreiber. Kathrin Arioli ist seine Nachfolgerin. Aufgrund ihrer Biografie und ihrer Gesten sind sie waschechte Babylonier.



Es ist ganz sonderbar, dass Nichtgewählte, als Hauptgeschäftsführer eingetragen werden und nicht die gewählten Regierungsräte. Das bedeutet, dass die Genannten in der babylonischen Hierarchie höher stehen als die gewählten Regierungsräte. Das gleiche Phänomen kann man bei den auf den Wirtschaftsdatenbanken publizierten Handlungsberechtigten der Direktion der Justiz und des Innern und deren Tochtergesellschaft, dem Generalsekretariat feststellen. Bei letzterem Unternehmen werden ehemalige Kantonsräte, die alle als Kantonsratspräsidenten fungierten, als Verwaltungsräte bezeichnet und nicht etwa die Regierungsräte. Auch hier zeigt es sich, dass die nicht mehr im Amt stehenden Kantonsräte in der babylonischen Hierarchie höher stehen als andere.

Sodann erstaunt auch nicht, wenn die Finanzdirektion des Kantons Zürich im Internet mit dem richtigen Handelsnamen und dem Kürzel (AG, GmbH) für die Bezeichnung der Rechtsform in Erscheinung tritt. So stellt sie sich als Aktiengesellschaft dar.

Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich

Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich wird ebenfalls als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet und auch sie verfügt über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland. Auch die Sicherheitsdirektion muss aufgrund der Bezeichnung eine Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft) sein. Sie verfügt ebenfalls über eine Handelsregisternummer.

Als zeichnungsberechtigt wird bei monetas.ch Ruedi Jeker angegeben. Er war seit 1999 Regierungsrat und stand ab 2003 bis 2007 der Sicherheitsdirektion vor. Bei dnb.com werden Hans Hollenstein und Mario Fehr angegeben. Hollenstein sass von 2005-2011 in der Regierung und stand in den Jahren 2007-2011 der Sicherheitsdirektion vor. Fehr löste Hollenstein in der Sicherheitsdirektion ab. Es kann

Finanzdirektion des Kantons Zürich AG

Website Wegbeschreibung Speichern

2,3 ★★★★★ 3 Google-Rezensionen ⓘ

Behörde in Zürich, Schweiz

Adresse: Walchepl. 1, Postfach, 8090 Zürich, Schweiz

Telefon: +41 43 259 11 11

nun spekuliert werden, ob die Sicherheitsdirektion bereits 2003 in eine illegale Kapitalgesellschaft umgewandelt wurde, also vor 20 Jahren, oder erst später.

Das Generalsekretariat der Sicherheitsdirektion ist ebenfalls eine Tochtergesellschaft (Subsidiary). Bei Monetas wird unter zeichnungsberechtigt der Generalsekretär Hans-Peter Tschäppeler sogar als Verwaltungsrat aufgeführt. Tschäppeler war seit 1999 Generalsekretär und trat per 31. August 2017 in den vorzeitigen Ruhestand. Er wurde von Lukas Geissmann abgelöst. Demzufolge handelt es sich beim Generalsekretariat ebenfalls um eine Aktiengesellschaft als Tochtergesellschaft.

Der Sicherheitsdirektion unterstehen u.a. die Kantonspolizei, das Strassenverkehrsamt, das Migrationsamt, das Sozialamt, das Amt für Militär & Zivilschutz, das Passbüro und das Forensisches Institut. Sie alle werden als Tochtergesellschaften bezeichnet.

Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich

Das Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich in Zürich wird als Subsidiary bzw. als Parent bezeichnet. Die letzten Handelsregistereinträge sind vom 12. August 2019 und 27. April 2020 datiert. Die Firma wurde im oder auf das Jahr 2020 «incorporated». Die Strassenverkehrsämter in Winterthur und Bülach werden als Zweigniederlassungen bezeichnet und wurden im Jahre 2017 «incorporated». Das Strassenverkehrsamt in Regensdorf wird als «Unknown Legal Form» und als «Independent» angegeben. Das kann sowohl eine Tochtergesellschaft als auch eine Zweigniederlassung bedeuten. Zweigniederlassungen gibt es aber nur in Aktiengesellschaften und nicht in öffentlich-rechtlichen Institutionen. Der Standort Hinwil wird nicht dargestellt. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich	
Taggenbergstrasse 1 8408 Winterthur	
Rechtsform:	Zweigniederlassung
Status:	aktiv
Kapitalisierung:	-
Gründungsjahr:	-
D-U-N-S® Nr.:	48-649-8434
Printscreen aus www.monetas.ch	

Weitere Behörden als Firmen, zusammengestellt aus den beiden genannten Wirtschaftsdatenbanken finden Sie unter www.brunner-architekt.ch⁶².

Somit ist genügend bewiesen, dass die genannten illegalen Privatfirmen weder über eine hoheitliche noch über eine handelsrechtliche Legitimation verfügen, weshalb sie, gestützt auf Art. 52 Abs. 2 ZGB nur noch wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Alle ihre Handlungen sind daher im Minimum Amtsanmassung, Betrug und Nötigung, also Verbrechen, weshalb alle ihre Handlungen und damit auch die rekurierte Mahnung / Verfügung nichtig sind.

Deshalb war das Strassenverkehrsamt nie bereit, seine Legitimation zu beweisen, weil es diesen Nachweis nicht erbringen kann. Aus diesem Grund wurde die Frage der Legitimation immer ausgeklammert und nur der Prozess des Inkassos, also die direkte wirtschaftliche Absicht betrachtet, was babylonische Absicht ist.

C. Die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich

10. Die Legitimität und Befangenheit

Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich haben wir bereits als Aktiengesellschaft identifiziert. Die Rekursabteilung ist nach Organigramm wie das Generalsekretariat eine Stabsstelle der Sicherheitsdirektion und wird in den Wirtschaftsdatenbanken nicht angezeigt. Demzufolge ist die Rekursabteilung im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit der Aktiengesellschaft Sicherheitsdirektion.

Weil das Volk nie über die Privatisierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Kantone, der Gemeinden oder irgendwelcher Ämter derselben abgestimmt hat, verfügt auch die Rekursabteilung über keine Legitimation, als Behörde oder Amt aufzutreten und dementsprechend tätig zu sein.

⁶² www.brunner-architekt.ch → Politik → Diverse Korrespondenzen ab 2020 → Allgemein → Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag und
... → Allgemein → Liste von amtsanmassenden Unternehmen mit richtigem Handelsname

Die Rekursabteilung untersteht zudem der gleichen Muttergesellschaft wie das Strassenverkehrsamt, weshalb beide vom gleichen Unternehmen aus politisch und wirtschaftlich weisungsgebunden sowie abhängig sind. Die Rekursabteilung ist daher weder unabhängig noch unparteiisch.

Letzteres hat die Rekursabteilung beim gleichen Rekurrenten in der Vergangenheit mit ihren Handlungen und ihren Entscheiden bestätigt.

D. Zusammenfassung und Konsequenzen

Schlussendlich ist festzuhalten, dass die Rekursabteilung, aber auch alle anderen Organe, im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit einer illegal gegründeten privaten Kapitalgesellschaft ist, deren Handelsbevollmächtigte weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind zu handeln.

- Deshalb handeln diese behaupteten staatlichen Organe bzw. diese privaten Angestellten nicht gemäss Art. 5 Abs. 3 Bundesverfassung (BV, SR, 101) nach Treu und Glauben
- Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein. (Art. 5 Abs. 4 BV). Das was diese Funktionäre entscheiden, ist nicht (mehr) im öffentlichen Interesse, weil sie für private Firmen handeln.
- Bund und Kantone beachten das Völkerrecht nicht (Art. 5 Abs. 4 BV)
- Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Schwerwiegende Einschränkungen müssen im Gesetz selbst vorgesehen sein. (Art. 36 BV)
Weil der Kerngehalt der Grundrechte unantastbar ist, wurden die Einschränkungen in Bezug auf die Ideologie Mensch / Person nie definiert.
- Die Gerichte sind gemäss Art. 6 EMRK (SR 0.101) und entgegen Art. 5 Abs. 4 BV weder unabhängig noch unparteiisch.
- Da die Gerichte die in Gesetze gegossenen Ideologien schützen, sind sie auch materiell befangen.
- Die Gerichte und Behörden bedienen sich nicht legaler Praktiken (BAR-Vermutungen)
- Damit unterstützen sie eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB, SR 311.0).
- Sie gefährden damit die verfassungsmässige Ordnung (Art. 275 StGB).

Daraus folgert sich selbstredend, dass die beantragte Beschwerde gutzuheissen ist. Allerdings kann die Rekursabteilung so einen Entscheid ohne hoheitliche und handelsrechtliche Legitimation nicht fällen, ansonsten würde es im Minimum Amtsanmassung begehen.

Aus diesem Grund kann die «Rekursabteilung», oder korrekter nur deren Angestellten, ihre eigene Meinung kund tun, weil es die öffentlich-rechtliche Institution Rekursabteilung wegen der illegalen Privatisierung nicht mehr gibt. Die neue Firma gibt es formell ebenfalls nicht, weil sie nicht im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert wurde. Und da die Handelsbevollmächtigten dieser handlungsunfähigen und keine hoheitlichen Rechte besitzenden Firma nicht im Handelsamtsblatt publiziert wurden, können deren Angestellten nur ihre eigenen Meinungen kund tun.

E. Forderungen

11. Nachweis der Legitimation

Aufgrund der gesamten Konstellation hat die Rekursabteilung vor der Anhandnahme der übrigen Beschwerdeforderungen zuerst die beglaubigten Nachweise der Legitimation folgender Organisationen vorzulegen. Es sind dies:

- Schweizerische Eidgenossenschaft
- Kanton Zürich
- Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich
- Strassenverkehrsamt des Kantons Zürich mit allen Standorten
- Generalsekretariat der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich

1. Vollständig beglaubigter Nachweis der handelsrechtlichen Legitimität gemäss Handelsregisterverordnung (alle öffentlichen Angaben) samt den Angaben über deren Veröffentlichungen (SHAB).
2. Beglaubigter handelsrechtlicher Nachweis sämtlicher Handlungsbevollmächtigten mit Angaben über deren Veröffentlichungen im SHAB.
3. Beglaubigter Nachweis, wer, wie, wofür und wodurch die jeweiligen Funktionäre die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben, auf welchen Staat oder Firma sie vereidigt wurden.
Für diejenigen, die die Legitimation erteilt haben, ist der gleiche Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3 zu erbringen.
4. Beglaubigter Nachweis, wer Eigentümer dieser Gesellschaften ist.

Diese Nachweise müssen die gesamte Geschichte der Zeitspanne vom ersten Handelsregistereintrag bis heute abbilden und detailliert Auskunft geben, wer wann was unternommen hat.

Diese Nachweise sind bis spätestens am **2. Mai 2023** zu erbringen.

F. Meine besonderen Bedingungen:

Sollte die Rekursabteilung diese Beschwerde bearbeiten, bevor deren Vertreter die geforderten beglaubigten Nachweise erbracht haben oder die gesetzte Frist vom **2. Mai 2023** ungenutzt verstrichen ist, treten deren Funktionäre automatisch und zusätzlich mit ihren jeweiligen Handlungen oder Nicht-handlungen in die nachstehenden Bedingungen ein.

1. Annahme von Rechtsbegehren
 - a. Weist die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art an den Gesuchsteller mit dem Hinweis zurück, dass alle als «Behörden und Ämter» getarnte Privatfirmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert seien und dass deshalb eine Rechnungsstellung, eine Verfügung und ein Rechtsweg ausgeschlossen sei, und teilt das gleichzeitig allen Parteien schriftlich mit, so zeitigt das für seine Funktionäre keine Folgen.
Sollte die Rekursabteilung andere Entscheide fällen, auch wenn sie im Sinne des Rekurrenten sind, so muss der Wortlaut so gewählt werden, damit er keinen hoheitlichen Befehlston enthält. Alle Schriftstücke müssen sich deshalb auf das Handelsrecht abstützen und nicht auf das öffentliche Recht. Wird dagegen verstossen, so treten automatisch die übrigen Bedingungen in Kraft.
 - b. Sollte die Rekursabteilung Rechtsbegehren jeder Art zur Weiterbearbeitung annehmen, so willigen alle nachstehenden Funktionäre⁶³ ein, mir für jedes Rechtsbegehren je eine Pönale zu bezahlen.

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 100 Kilogramm Gold⁶⁴

- Markus Hinden, lic. iur., Chef
- Christian Fischbacher, lic. iur., Stellvertreter

Sie beträgt für nachstehende Funktionäre je 50 Kilogramm Gold

- Daniela Bänziger-Compagnoni, Dr. iur.
- Stefan von Gunten,
- Peter Hurter, lic. iur.
- Rahel Martin-Küttel, Dr. iur.
- Philipp Müller, lic. iur.
- Christina Schnell, Dr. iur.
- Markus Bosshard, lic. iur.
- Babette Brunner, Dr. iur.
- Stefanie Christen, MLaw

⁶³ Gemäss aktuellem Staatskalender

⁶⁴ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

- Johannes Etter, lic. iur.
 - Daniela Ferricchio, lic. iur.
 - Huser Regula, lic. iur.
 - Philipp Keller, lic. iur.
 - Kunert Martina, MLaw
 - Katarina Umegbolu, lic. iur.
 - Und für allenfalls weitere, nicht namentlich genannte Funktionäre
- c. Sollte die Rekursabteilung die angenommenen Rechtsbegehren entscheiden, so willigen alle in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren die gleiche Pönale wie in Position 1b nochmals zu bezahlen.
2. Sollte später öffentlich festgehalten werden, dass die Rekursabteilung, wie alle heutigen «Behörden und Ämter», nicht legitimiert bzw. befangen war, nachdem es die Rechtsbegehren entschieden hat, muss dieser Entscheid rückgängig gemacht werden. In diesem Fall willigen die in Position 1b genannten Funktionäre ein, mir für jedes Rechtsbegehren zusätzlich zu den Unterpositionen 1b bzw. 1c nochmals die gleiche Pönale zu bezahlen.
3. Für die Zeit von der Annahme oder spätestens ab **2. Mai 2023** bis zum Rückzug der Verfügung des Strassenverkehrsamtes wird eine Gebühr fällig. Die in Position 1b genannten Funktionäre willigen ein, mir diese Gebühr zu bezahlen. Sie haften solidarisch. Die Gebühr beträgt zehn Kilogramm Gold pro Kalendertag je Verfahren. Sie tritt ein, wenn die Verfügung geschützt wird und dieser Rekurs im Sinne der besonderen Bedingungen entschieden bzw. abgewiesen wird.
4. Zahlungsbedingungen
- a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit dem Kanton Zürich Rechnung stellen werde.
 - b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
 - c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
 - d. Es gilt das Prinzip der Bringschuld.
 - e. Sollten die genannten Funktionäre nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich solidarisch. Reicht auch dieses Vermögen nicht aus, so haften für den weiteren Restbetrag alle übrigen Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung solidarisch.

Die Inkenntnissetzung des Agenten ist die Inkenntnissetzung des Prinzipals. Die Inkenntnissetzung des Prinzipals ist die Inkenntnissetzung des Agenten. Das Definitionsrecht dieses Instruments liegt ausschliesslich beim Verfasser. Alle Rechte vorbehalten.

Ich gehe davon aus, dass sich die Verantwortlichen über die Tragweite dieses Angebotes bewusst sind und mit Ihren Handlungen bzw. Nicht-Handlungen erklären, dass alle Funktionäre in der Lage sind, die Konsequenzen aus dem damit entstehenden Vertrag zu tragen.

G. Schlussbemerkung

Die Angestellten der illegalen Kapitalgesellschaften müssen es sich überlegen, wie lange Sie die kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB) noch länger unterstützen wollen, die hinter diesen Veränderungen steht. Wenn das Thema bereits in einer grossen Tageszeitung auf der ersten Seite thematisiert wird und dazu zusätzlich eine ganze Seite beschrieben wird, bedeutet das nicht nur, dass Feuer im Dach ist, sondern zusätzlich, dass das System nicht mehr lange gehalten werden kann. Das ändert auch nichts an der Tatsache, dass darin die Sachlage aufgrund der babylonischen Ideologien verdreht dargestellt wird, weil die unumstösslichen Fakten eine andere Sprache sprechen.

In diesem Sinn wird die Aufklärung der Bevölkerung nicht mehr auf dem Niveau der Privatisierung verbleiben, sondern aufzeigen, dass diese ein Teilprozess von übergeordneten Prozessen ist. Beilage 2 Dabei werden in weiteren Aktionen Ross und Reiter genannt. Diese Beilage 3 ist ein erster Prototyp, der noch Schule machen wird.

Ihrer Antwort sehe ich mit Interesse entgegen.

Adieu

Mensch Alex W. Brunner

-
- 1 2. Mahnung / Verfügung bzw. Gebührenverfügung des Strassenverkehrsamtes vom 15. März 2021
 - 2 SIPS-Flyer 3
 - 3 Maurmer-Sonderpost, Ausgabe 1